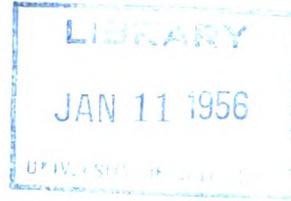


AL
DUPLICATE
HOOVER LIBRARY



Die Kommunistische Internationale

1927 / HEFT 8

BERLIN, DEN 22. FEBRUAR

30 PFENNIG

WOCHENSCHRIFT
DES EXEKUTIVKOMITEES DER KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE

AUS DEM INHALT

Die Manöver des britischen Imperialismus und die englischen Reformisten
Saizew: Die Perspektiven der Sowjetindustrie im Rechnungsjahr 1926/1927
Wilhelm Koenen-Berlin: Die ersten Ergebnisse der deutschen Berufszählung
von 1925 / Abschiedsbriefe der zum Tode verurteilten litauischen Kommunisten

Bücher- und Zeitschriftenschau

DIE KOMMUNISTISCHE INTERNATIONALE

Wochenschrift des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale. Erscheint gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache. Für die deutsche Ausgabe verantwortlich PAUL DIETRICH, HAMBURG. Zuschriften an die Redaktion sind zu richten an die Adresse des Verlages.

VIII. Jahrgang 1927

HEFT 8

22. FEBRUAR

I N H A L T

	Seite
Die Manöver des britischen Imperialismus und die englischen Reformisten	353
Saizew: Die Perspektiven der Sowjetindustrie im Rechnungsjahr 1926/27	361
Wassiljew: Die nächsten Orgaufgaben der Kommunistischen Partei Frankreichs	371
Kitaigorodski: Albanien — ein Herd kriegerischer Konflikte	379
Koenen-Berlin: Die ersten Ergebnisse der deutschen Berufszählung von 1925	383
Abschiedsbriefe der zum Tode verurteilten litauischen Kommunisten . .	391
Gentenaar: „Die Reform des Reformismus“	395

P R E I S

Einzelheft	Reichsmark 0,30
Per Kreuzband	" 0,40
Postabonnement monatlich	" 1,—
Per Kreuzband monatlich	" 1,25
Postabonnement Quartal	" 3,—
Ausland: Sowjet-Union	3 Rubel Quartal
Vereinigte Staaten	2 Dollar

Bestellungen sind zu richten an unsere Adresse in Hamburg 36 oder an unsere Berliner Zweigstelle, Berlin NW6, Luisenstraße 27-28. Sie werden auch von jeder Buchhandlung und von den Parteikolporteurs entgegengenommen. Einzahlungen sind zu leisten auf unser Postscheck-Konto Berlin 55547.

VERLAG CARL HOYM NACHF. LOUIS CAHNBLEY
HAMBURG BERLIN

PROPERTY OF RUDOLPH FROHM

DIE MANÖVER DES BRITISCHEN IMPERIALISMUS UND DIE ENGLISCHEN REFORMISTEN

Die englischen Konservativen sind anscheinend ein wenig enttäuscht. Die Hetze, die im Laufe einiger Monate zynisch und hartnäckig gegen die Sowjetunion betrieben wurde, hatte ihnen den Mund wässerig gemacht, und nun hofften sie, daß die Regierung die Thronrede aus Anlaß der Eröffnung des Parlaments zu einer kühnen Herausforderung der Sowjets benutzen werde. Es erwies sich indessen, daß die Thronrede auf das Wichtigste nicht eingegangen war, auf

„die brennendste Frage, die mehr als alles die Geister aller rechtlich denkenden Engländer beschäftigt, d. h. die Notwendigkeit, gegen die Sowjetdiplomaten und gegen die Sowjetagenten aufzutreten, die mit ihrer privilegierten Lage ernstlichen Mißbrauch treiben.“ („Daily Mail“.)

Der gleiche Unterton der Enttäuschtheit klingt in einzelnen teilweisen Korrekturen nach, die von manchen Bonzen der konservativen Fraktion des Parlaments zur Thronrede nachgetragen werden. Diese Bonzen können sich nicht damit begnügen, daß ihnen die Krone das Versprechen gegeben hat, die Gesetzgebung über die Gewerkschaftsverbände in dem Sinne zu „korrigieren“, daß nicht nur der Generalstreik, sondern auch jeder andere erfolgreiche gewerkschaftliche Kampf unmöglich gemacht werde. Sie finden auch keine Beruhigung in den „friedlichen“ Regierungsversicherungen in bezug auf China, auf die noch vor Schluß der Debatte über die Thronrede die Ueberführung der Truppen aus Hongkong nach Schanghai folgte. Sie hatten gewünscht, daß die Thronrede als Drohung gegen alle Feinde des englischen Imperialismus sowohl in England selbst als auch außerhalb der englischen Grenzen abgefaßt werde und sich vor allem gegen die Sowjetunion richte, die allein durch die Tatsache ihrer Existenz die Freiheitsbewegung der unterdrückten Völker verstärkt.

Woraus erklärt sich das Schweigen Baldwins in bezug auf die Sowjetunion? Es wäre gewiß ein Irrtum, zu glauben, daß dieses Schweigen eine ernsthafte Aenderung der englischen Regierungspolitik bedeute. Die Lenker des englischen Reiches wußten nicht nur von der Lügen- und Verleumdungskampagne, die bis zum Tage der Parlamentseröffnung gegen die Sowjets in Szene gesetzt wurde, sie leiteten in Wirklichkeit diese Kampagne. Zudem beschränkte sie sich durchaus nicht auf die Grenzen der britischen Inseln. Das ganze Heer der Agenten des englischen Imperialismus, das über den ganzen Erdball verteilt ist, arbeitete und arbeitet mit erstaunlicher Hartnäckigkeit zugunsten der Mobilisierung und Konsolidierung aller Kräfte der Reaktion, die in dem einen oder anderen Maße in dem Feldzug gegen die erste Republik der Arbeit nutzbar gemacht werden könnten. Der englische Imperialismus kann in dieser Hinsicht sogar Erfolge buchen. Während die offizielle und offiziöse englische Presse ihren Ton in bezug auf die Sowjets etwas mäßigt, reden die nächsten Mitstreiter Churchills, seine neuen faschistischen Freunde, laut von der „brennenden Frage“, die Baldwin mit Schweigen übergehen mußte. Wir wissen auch, daß die Tätigkeit der

englischen Imperialisten in Litauen von Erfolg begleitet war und daß sie in allen Weltteilen mit ungeheurer Intensität fortgesetzt wird.

Wir müssen naturgemäß zu der Schlußfolgerung kommen, daß wir es hier entweder mit einer kleinen Unterbrechung in der Verschwörertätigkeit gegen die Sowjetunion oder aber mit einem bestimmten taktischen Manöver zu tun haben.

Um die taktische Linie der Baldwin-Regierung richtig zu begreifen, müssen wir das Kräfteverhältnis innerhalb Englands betrachten. In unserer Wochenschrift wurde bereits darauf hingewiesen, daß die konservative Regierung ihr wahres Gesicht aufdeckt, seit die Bergleute gezwungenermaßen die grausamen Bedingungen der Grubenbesitzer angenommen haben. Die herrschenden Klassen Englands waren von ihrem Siege buchstäblich berauscht. Auch heute noch teilen sie voll von freudigem Triumph der ganzen Welt mit, daß eine kleinere Anzahl von Grubenarbeitern größere Kohlenmengen zu billigerem Preise auf den Markt werfen. Es kümmert sie wenig, daß dieser Sieg das Anwachsen der Arbeitslosenzahl, die Zunahme der Betriebsunfälle und die Verschlechterung der Lage der gesamten Arbeiterklasse bedeutet. Sie wissen und schätzen nur eines: sie haben ihren Willen durchgesetzt und eine Verbilligung ihrer Waren auf Kosten der verschlechterten Lage der Arbeiter erreicht.

Es ist gleichermaßen nicht zu bezweifeln, daß die letzten Wochen den herrschenden Klassen Englands nicht wenige unerfreuliche Ueberraschungen bereitet haben. Während des Bergarbeiterstreiks sowie während des neun-tägigen Generalstreiks hatte die Regierung allen Grund, zu glauben, daß sie die Arbeiterbewegung kontrollieren und lenken kann, und zwar mit Unterstützung nicht nur der von Macdonald gelenkten Führerspitzen der Labour Party, sondern auch mit Unterstützung des Generalrates der Trade-Unions. Das erste Kampfstadium — der Generalstreik — wurde in der Tat nicht von der Regierung, sondern vom Generalrat liquidiert. Alle in letzter Zeit im Zusammenhang mit der Konferenz der Gewerkschaftsexekutiven veröffentlichten Dokumente zeigen mit erstaunlicher Eindringlichkeit, daß während der großen neun Tage der Streik tagtäglich wuchs und gedieh. Am 12. Mai, dem Tage des hinterlistigen Verrats des Generalrates, hatte der Generalstreik noch lange nicht seinen Höhepunkt erreicht. Er konnte sich noch in aufsteigender Linie entwickeln. Ohne besondere Anstrengung von seiten der Regierung wurde die grandiose Schlacht, die objektiv eine Bedrohung des englischen Imperialismus darstellte, vom Generalstab der Arbeiterbewegung verraten. Während der auf den Generalstreik folgenden Monate fuhr der Generalrat fort, der Regierung der Grubenbesitzer mit Herz und Hand zu dienen. In den Tagen der Konferenz vom 20. und 21. Januar d. J., als die Gewerkschaftsexekutiven über den Bericht des Generalrates berieten, konnte Baldwin triumphierend sagen, daß er sicher ging, als er den Vorschlag machte, die Leitung des Bergarbeiterstreiks in die Hände des Generalrates zu legen. Hat doch die Konferenz kein Sterbenswörtchen gegen die Grubenbesitzer, die Baldwin-Regierung und die Offensive des Kapitals gesagt, die in der Aussperrung der Bergarbeiter ihren Ausdruck fand. Die Konferenz hatte alle Hände voll zu tun mit dem Kampf gegen Cook, gegen die Bergarbeiter, und der Generalrat war stark genug, um eine Verurteilung der Bergarbeiter durchzusetzen und jeden Versuch der Minderheit zu verhindern, den wahren

Sinn des so tragisch abgeschlossenen siebenmonatigen Kampfes einer Million Bergarbeiter zu ergründen. Die Konferenz ging in ihrem Untertaneneifer so weit, daß sie die Resolution über die drohende Kriegsgefahr im Zusammenhang mit der englischen Chinapolitik nicht einmal zur Beratung zuließ.

Die Regierung Baldwins hatte natürlicherweise allen Grund, anzunehmen und zu hoffen, daß sie sich der Unterstützung durch die gesamte Bürokratie der Arbeiterbewegung — der Labour Party und der Trade-Unions — bei allen ihren imperialistischen Abenteuern erfreuen werde. Einzelne Kundgebungen der englischen reformistischen Arbeiterführer über die wichtigsten Fragen der internationalen Politik rechtfertigten vollkommen die großzügige Ueberzeugung des „Friedensstifters“ Baldwin und seiner Mitkämpfer. Es erwies sich indessen, daß die Regierung sich arg verrechnet hatte. Sie hat den sich immer mehr ausdehnenden Abgrund zwischen den breiten Arbeitermassen einerseits und den unabsetzbaren Beamten der Arbeiterbewegung andererseits nicht in Rechnung gestellt. Dieser Abgrund ist im Laufe der letzten Monate breiter und tiefer geworden. Zuerst mußten sich Macdonald und Thomas davon überzeugen, daß sie den Stimmungen der breiten proletarischen Massen Rechnung tragen müssen, und in der Folge war auch Baldwin genötigt, zuzugeben, daß die Arbeiterklasse Englands nach wie vor auf ihrer Hut ist und daß es nicht angeht, ohne Berücksichtigung ihrer Stimmungen und Wünsche wichtige Fragen der internationalen Politik zu lösen.

Es ist notwendig, auf die Wandlungen dieses inneren Kampfes etwas näher einzugehen.

Es hat sich bereits während der Konferenz der Gewerkschaftsexekutiven klar herausgestellt, daß die aktiven Schichten der Arbeiterklasse durchaus nicht mit der Richtung sympathisieren, die der Generalrat unter der Leitung von Thomas und Pugh eingeschlagen hat. Die Bergarbeiter traten mit einer Anklageschrift gegen den Generalrat auf, obwohl auch in ihren Reihen eine bedeutende Anzahl reaktionärer und kompromißbereiter Bürokraten vorhanden ist. Das geschlossene Auftreten der Bergarbeiter hat gezeigt, daß der Generalrat die Arbeiter nur so lange vertreten und leiten kann, als seine Politik nicht gegen die unmittelbaren Interessen der Arbeiter verstößt. Die Bergarbeiter, die den Verrat des Generalrats am eigenen Leibe deutlich merkten, traten gegen den gesamten übrigen Teil der Gewerkschaftsbürokratie in geschlossener Phalanx auf. Die Stellungnahme der Bergarbeiter fand die ungeheure Sympathie der aktiven Arbeiter in anderen Industriezweigen. Davon zeugt nicht nur der Erfolg der Konferenzen, die von der Minderheit in den wichtigsten englischen Industriezentren organisiert wurden, sondern auch die Tatsache, daß die Konferenz der Exekutiven es nicht gewagt hat, den Vorschlag der Bergarbeiterexekutive anzunehmen, der die Ueberweisung beider Berichte — des Berichtes des Generalrates und des Gegenberichtes der Bergarbeiterexekutive — zur Urabstimmung durch alle Gewerkschaftsmitglieder bezweckte. Die Konferenz fürchtete sich sogar, über diese Frage abstimmen zu lassen; sie zog es vor, der juristischen Erläuterung der Kommission zuzustimmen, daß keine Notwendigkeit vorliege, die Lösung dieser Frage den Gewerkschaftsmitgliedern zu überlassen, die doch dem Aufruf zum Streik so herrliche Folge geleistet hatten und die über seine unerwartete Liquidation so empört waren.

Die Führer der Arbeiterbewegung haben indessen zu jener Zeit die Stimmung der Arbeitermassen nicht richtig eingeschätzt. Macdonald trat frech und zynisch für die Regierungspolitik in der chinesischen Frage ein. Er ging bedeutend weiter als Lloyd George in der Verherrlichung der „vernünftigen“ Politik Chamberlains und versuchte sogar, die öffentliche Meinung Englands davon zu überzeugen, daß die englische Regierung nach China die besten Friedensstifter gesandt habe, die imstande sein würden, alle strittigen Fragen schmerzlos zu lösen. Thomas ging noch weiter; er setzte sich auch für die Truppensendungen ein und behauptete nur, daß sie noch größer sein müßten. Macdonald genierten zwei „kleine“ Umstände. Er befürchtete „kommunistische Intrigen“ in England selbst und „verantwortungslose Handlungen des Pöbels“ in China. Mit anderen Worten: die opportunistischen Führer versuchten, Chamberlain zu übertreffen; sie setzten sich mit ihrer ganzen Intensität dafür ein, den „Pöbel“ in China und die Kommunisten in England zu verunglimpfen.

Währenddessen waren andere Führer bemüht, der englischen Regierung in deren Kampagne gegen die Sowjetunion Hilfe zu leisten. In dieser Hinsicht zeichneten sich besonders Clynes, Snowden und Citrin aus. Clynes fand den Augenblick besonders geeignet, um einen Angriff auf die USSR im Organ des Finanzkapitals „Financial Times“ zu unternehmen. Gleichzeitig versuchte Snowden, die englischen Arbeiter glauben zu machen, daß Cook ein Verräter und ein Agent des hinterhältigen Moskau sei, während Citrin, der neue Sekretär des Generalrats, beschloß, daß die englische Arbeiterbewegung der englischen Regierung bei der Verwirklichung ihrer aggressiven Pläne gegen die Sowjetunion beistehen müsse, um Rache zu nehmen an . . . Losowski für dessen Broschüre „Die englischen und die russischen Arbeiter“, in der der Verfasser sich nicht genügend schmeichelhaft über diejenigen äußert, die zuerst den Generalstreik und dann den Bergarbeiterstreik verraten haben. Dieser verhältnismäßig junge Gewerkschaftsbeamte erlangte den Sekretärposten des Gewerkschaftskongresses dadurch, daß er sich als Vertreter des linken Flügels gebärdete. Vor einem Verlust dieses Postens sichert ihn die englische Tradition der Unabsetzbarkeit der Beamten in der Gewerkschaftsbewegung, und heute tut er sein Möglichstes, um sich bei Thomas und denjenigen, deren Wünsche und Stimmungen Thomas vertritt, beliebt zu machen. Thomas' neuer Adjutant sagte am 7. Januar wörtlich folgendes:

„Wir geben zu, daß eine Sprengung des Anglo-Russischen Komitees in unserem Lande die Kräfte der Reaktion ermuntern kann, die nur zu froh wären, jede Möglichkeit zu benutzen, um die diplomatischen Beziehungen zu Rußland abzubrechen und vielleicht auch in ein gegen Rußland gerichtetes aggressives Bündnis einzutreten.“

Recht fein gesagt! Citrin weiß natürlich, daß England es nicht nötig hat, in ein aggressives Bündnis gegen Rußland einzutreten. Es gehört diesem Bündnis bereits seit langem an. Dieses Bündnis ist in seinen gegenwärtigen Ausmaßen Englands Werk. Aber es versteht sich von selbst, daß Citrin, der frech genug ist, gegen die Bergarbeiter zu kämpfen, sich ausgesucht höflich betragen muß, sobald von der Regierung der Grubenbesitzer die Rede ist. Sein Gedanke ist indessen, ungeachtet der heuchlerischen Umkleidung, vollkommen klar. Citrin weiß vorzüglich, daß sein Versuch, das Anglo-Russische Komitee zu sprengen, die imperialistische Reaktion stärken wird. Aber er, der seinen Posten als Sekretär des Anglo-Russischen Komitees aus

den Händen des verstorbenen Fred Bromley, des eifrigen Mitbegründers des Anglo-Russischen Komitees, empfangen hat, wagt es dennoch, zu erklären, daß die Broschüre Losowskis die Schale seiner Geduld zum Ueberfließen gebracht habe; in Nachahmung Curzons stellt er an den Zentralrat der Gewerkschaften der Union die ultimative Forderung, daß dieser öffentlich von Losowski abrücke.

Die übermütig gewordenen Schleppenträger Baldwins mußten sich indessen bald davon überzeugen, daß sie übers Ziel hinausgeschossen waren. Ungeachtet aller Warnungen Macdonalds vor „kommunistischen Intrigen“ und vor allerhand eigenmächtigen Organisationen entstand in England — auf Betreiben der Kommunistischen Partei und unter Mitwirkung der Kommunisten — der Rat zum Schutze Chinas; dieser Rat nahm in sein Programm die Forderung auf, daß die Kantonregierung als die Nationalregierung Chinas anerkannt werde und daß die Truppen aus China entfernt würden. Dieses Komitee zeichnete sich nicht durch eine außergewöhnliche revolutionäre Einstellung aus. Seine reformistischen Mitglieder waren über die Maßen bestrebt, zwischen Macdonald und den Arbeitermassen eine Verbindungsbrücke zu schaffen. Aber bereits die Bildung des Komitees bezeugte, daß die Linie Macdonalds bei den Arbeitern keine Sympathien hervorruft und daß künstliche Maßnahmen notwendig sind, um den Gegensatz irgendwie zu verkleistern. Gleichzeitig entstanden in einer Reihe von Industriezentren Komitees unter dem Namen „Hände weg von China“, und die Strömung gegen eine Intervention in China nahm den Charakter einer wirklichen Massenbewegung an.

Diese Massenbewegung veranlaßte die Führer zu einigem Nachdenken. Die „Independent Labour Party“, die noch vor kurzem in ihrem Zentralorgan das Dezembermemorandum Chamberlains verherrlicht hatte, war gezwungen, unumwunden für die Parole der unverzüglichen Entfernung der Truppen aus China einzutreten. Die „Independent Labour Party“ begriff, daß es hier um die Führung einer Massenbewegung geht, die auf Betreiben und unter der Leitung der Kommunistischen Partei entstanden ist und keineswegs in das offizielle Programm der Labour Party einbezogen werden kann. Auch Macdonald selbst war zumindest zu Konzessionen in Worten genötigt. Er fährt zwar unentwegt fort, Chamberlain zu loben, aber er ist immer mehr gezwungen, wenn nicht gegen die Entfernung der bereits in China befindlichen Truppen, so doch gegen neue Truppensendungen ausgesprochen Stellung zu nehmen. Er sah — was nicht zu sehen unmöglich war —, daß es, ungeachtet aller Bemühungen der gesamten Regierungspresse, der Regierung nicht gelungen ist, die Einschiffung der Truppen in eine patriotische Kundgebung zu verwandeln. Die in den Krieg ziehenden Soldaten und Seeleute nahmen gern kommunistische Flugblätter gegen den Krieg an, und Joynton-Hicks wagte es nicht, gegen die „Verräter“ Klage zu erheben, obwohl die gesamte kapitalistische Presse ihn aufhetzte und obwohl die ehrwürdigen „Times“ liebedienerisch die Adresse der Druckerei mitteilten, in der die Flugblätter gedruckt worden waren.

Macdonald mußte natürlich die praktischen Schlußfolgerungen aus dieser Lage ziehen. Bereits am 3. d. M. waren die „Times“ genötigt, kummervoll den „Umschwung“ Macdonalds festzustellen. Wir bringen einen Auszug

aus dem bedeutsamen Leitartikel des führenden Blattes der englischen Bourgeoisie (vom 3. d. M.):

„Es ist fast unmöglich, die wirkliche Position der Partei (es handelt sich um die Labour Party) in diesem kritischen Moment zu erfassen. Einerseits spricht ihr Führer, Mister Macdonald, den Regierungsvorschlägen und den Verhandlungen mit Herrn Tschchen seine Zustimmung aus; aber er protestiert gegen die Truppentransporte und spricht aus diesem Anlaß leichtsinnigerweise von einem „Spiel mit dem Feuer“. Als die Nachricht kam, daß Tschchen wegen der Truppenentsendung die Verhandlungen abgebrochen habe, äußerte sich Macdonald unter der Einwirkung des Augenblicks so, als hege er für Tschchen vollkommene Sympathie. Andererseits unterstützt Mister Thomas energisch die Regierungspolitik und weist jeden Versuch von sich, aus der gefährlichen internationalen Lage Parteikapital zu schlagen. Unser Arbeiterkorrespondent teilt uns heute mit, daß man Mister Macdonald in den Reihen seiner eigenen Partei den Vorwurf mache, er nehme in der chinesischen Frage eine „unaufrichtige“ Position ein und wünsche offenbar, sich den Tendenzen des linken Flügels zu unterwerfen.“

In der Debatte über die Thronrede erklärte Austen Chamberlain:

„Die Position Travelyans unterscheidet sich stark von der Stellung, die in den Erklärungen der Führer der Labour Party, Macdonald und Thomas, festgelegt wurde.“

Man kann nicht umhin, der Behauptung Chamberlains zuzustimmen. Der von der Labour Party vorgeschlagene Zusatz zur Thronrede befindet sich in ausgeprägtem Widerspruch zu der Linie, die Macdonald und Thomas der englischen Arbeiterbewegung aufdrängen wollten. Dieser Zusatz enthält nicht nur einen Protest gegen die Entsendung von Streitkräften nach Schanghai, sondern er verlangt auch die unverweilte Zurückziehung der englischen Truppen aus China. Die „kommunistische Intrige“, gegen die Macdonald zu Felde zog, führte letzten Endes dazu, daß die von ihm geleitete Labour Party gezwungen war, einen Zusatzantrag einzubringen, dessen Gedanke von Macdonald blindwütig bekämpft wurde und dessen Befürwortung dem ehemaligen Minister für Volksaufklärung im Ministerium Macdonalds, Travelyan, anvertraut werden mußte, einem Mitgliede der Labour Party, der seit jeher für die USSR Sympathien hegte.

Noch weniger Erfolg war den Versuchen der gefälligen Arbeiterführer in der russischen Frage beschieden. Am Tage nach der Veröffentlichung der oben angeführten Erklärung Citrins traten zwei Mitglieder des Zentralrats, Walker und Ben Tillet, mit einem Protest gegen diese Entgleisung auf; noch einige Tage später sah sich der Vorsitzende des Generalrats, der nicht unbekannt George Hicks, veranlaßt, von seinem Sekretär abzurücken. Sogar die Gesinnungsgenossen Citrins begriffen, daß er übereifrig gewesen war und daß sein offenes Auftreten gegen die Sowjetunion überhaupt und die Gewerkschaften der Sowjetunion im besonderen die sehr unsicher gewordene Position des Generalrats noch schwankender machen konnte.

Macdonald erwies auch in der russischen Frage mehr Spürsinn als seine nächsten Mitstreiter Clynes und Snowden. Er begriff, daß es nur dann möglich sei, der Regierung bei der Durchführung ihres chinesischen Abenteuers zu helfen, wenn es gelingen werde, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß der Kampf gegen den „Pöbel“ in China noch nicht den Krieg mit China bedeute und jedenfalls keinerlei aggressive Handlungen gegen die Sowjetunion voraussetze. Wir bringen einen kleinen Ausschnitt aus der Rede Macdonalds vom 2. Februar d. J., die die ganze Wesensart seiner Politik aufdeckt:

„Solange die Regierung mit Herrn Tschen Verhandlungen in dem Sinne führt, daß die chinesische Unabhängigkeit anerkannt werde und die alten Verträge aufgehoben würden, die China durch den Opiumkrieg und andere unsere Geschichte schändende Kriege aufgezwungen worden sind, solange werde ich für die Regierung sein und werde ihr meinen Beistand gewähren.“

„Mister Miles Lampson ist prächtig. Mister O'Malley ist prächtig. Ich bin fest davon überzeugt, daß, wenn jemand diese Angelegenheit beilegen kann, sie es tun werden...“

Und anschließend, damit seine Zuhörer diese Lobgesänge auf die „prächtigen“ Agenten Baldwins verdauen können, wandte sich Macdonald der russischen Frage zu:

„Ich wünsche, daß die Arbeiterklasse unseres Landes mit der Ausführung russischer Bestellungen beschäftigt sei, aber dies wird so lange nicht der Fall sein, als wir nicht zu irgendeinem politischen Abkommen mit Rußland gelangen. Wenn euch gesagt wird, daß in China der Einfluß der Bolschewisten gegen uns gerichtet sei, was könnt ihr dann anderes erwarten? Wenn ihr euch gegenüber eurem Nachbar feindselig verhaltet, dann habt ihr kein Recht, euch darüber aufzuhalten, daß der Nachbar sich gegen euch feindlich einstellt.“

Der Stil ist christlich, aber der Sinn ist deutlich. Macdonald setzte voraus — vielleicht hat es ihm Chamberlain auch eingeflüstert —, daß es nicht angehe, die Arbeitermassen gleichzeitig gegen China und gegen Rußland zu mobilisieren. Und so zog er es vor, mit einer zur Schau getragenen Freundschaft für Rußland die unmittelbaren kriegerischen Vorbereitungen gegen China und die geheime Verschwörung gegen eben dieses Rußland zu maskieren.

Unter diesen Umständen jedoch blieb der Baldwin-Regierung nichts anderes übrig, als sich in bezug auf die russische Frage in Schweigen zu hüllen. Unwiederbringlich vorüber ist die Zeit, da die Beherrscherin der Meere sich von anderen die Kastanien aus dem Feuer holen ließ. England muß heute seine Teilhaber an Verschwörungen und Plünderungen in bar bezahlen. Die englischen Außenminister müssen ihrem alten Gebaren und ihren alten Gewohnheiten treu bleiben, aber England hat seine internationale Vormachtstellung bereits seit langem verloren und wird sie nimmermehr zurückgewinnen. Die englische Regierung ist genötigt, nach China englische Truppen zu senden, was bei der gegenwärtigen Konjunktur nicht sehr bequem ist, sowie indische Truppen zu transportieren, was in Anbetracht des Verhaltens der indischen Bevölkerung gegenüber der chinesischen Revolution durchaus nicht ungefährlich ist. Aber die englische Regierung hat keinen anderen Ausweg.

Die herrschenden Klassen Englands sind genötigt, auch darüber nachzudenken, daß die Folgen des Generalstreiks durchaus nicht überwunden sind. In den Arbeitermassen lebt und wächst die Ueberzeugung, daß der Generalstreik an sich ein herrlicher Triumph der proletarischen Solidarität gewesen sei und daß er nur infolge des Verrats durch den Generalrat mit einer Niederlage geendet habe. Es ist deshalb unerläßlich, gegen eine mögliche Wiederholung des Streiks wirksame Maßnahmen zu treffen. Also ist die Baldwin-Regierung gezwungen, einerseits in der chinesischen Frage zu laviieren, deren Lösung ohne Einsatz militärischer Kräfte für den englischen Imperialismus, der auf seine chinesischen Privilegien nicht ver-

zichten möchte, undenkbar ist. Andererseits muß die Regierung die Gewerkschaften mit neuen Skorpionen züchtigen, was den Zusammenschluß der Arbeiterbewegung gegen die gegenwärtigen Machthaber Englands zur Folge hat. Deshalb war die englische Regierung gezwungen, ihre unentwegten Anhänger auch in einer dritten Hinsicht: in der russischen Frage, zu enttäuschen.

Die Konservativen sind mit Recht enttäuscht. Wenn das Schweigen in bezug auf Rußland auch nur ein taktisches Manöver ist, so bezeugt es doch die Schwäche des englischen Imperialismus. Diese Schwäche muß in Rechnung gestellt, aber sie darf nicht überschätzt werden. Mit noch größerer Bosheit und noch größerer Hinterhältigkeit werden die englischen Imperialisten fortfahren, nicht nur die chinesische Revolution niederzuhalten, sondern auch die Verschwörung gegen die USSR vorzubereiten, die, wie bereits oben gesagt, allein durch die Tatsache ihrer Existenz die chinesische Revolution stärkt und in allen unter dem englischen imperialistischen Joche stöhnenden Völkern die Hoffnung auf Befreiung nährt. Diese Atempause muß ausgenutzt werden, um alle Kräfte zu mobilisieren und zu organisieren, die fähig sind, den geheimen und offenen Feinden der ersten Republik der Arbeit die Stirn zu bieten.

Insbesondere ist es für uns notwendig, unsere Tätigkeit auf eine aktive und tatkräftige Unterstützung der siegreichen chinesischen Revolution zu konzentrieren. Diese Revolution findet einen immer ausgedehnteren und vertiefteren Widerhall bei den Werktätigen aller Länder der Welt. Aus diesem Widerhall erklärt sich die Tatsache, daß die Helden der II. Internationale, die jahrelang schändlich schwiegen, während das chinesische Volk verblutete, nun plötzlich beginnen, sich als Freunde und Beschützer der chinesischen Freiheit und Unabhängigkeit aufzuspielen. Sie möchten an die breite Massenbewegung Anschluß finden, um diese Bewegung zu schwächen und um mit honigsüßen Worten über die Unterstützung für China die Aufmerksamkeit sowohl des chinesischen Volkes als auch der Arbeiter der ganzen Welt von den Gefahren abzulenken, die nach wie vor der chinesischen Revolution drohen.

Die chinesische Revolution stellt das Proletariat der ganzen Welt und insbesondere das Proletariat Englands vor konkrete Aufgaben des Kampfes. Es handelt sich darum, die Truppenentsendung und Truppentransporte unmöglich zu machen, den Truppen die Wahrheit darüber zu sagen, wohin und wozu sie abtransportiert werden, und die Herstellung von Waffen zur Niederwerfung des chinesischen Volkes zu verhindern. Wohlgemeinte Resolutionen können hier nichts ausrichten. Mehr noch, die oratorischen Auslassungen über die Unabhängigkeit Chinas werden es nur England ermöglichen, einerseits prächtige Diplomaten und andererseits nicht minder prächtige Heerführer zum Kampfe gegen das chinesische Volk zu entsenden.

Die Thronrede beschränkte sich auf zwei Fragen. Beide Fragen sind von ungeheurer Bedeutung, die weit über die Grenzen der britischen Inseln hinausgeht. Es handelt sich hier um die Fortsetzung des Angriffs gegen die englische Arbeiterklasse, der natürlich einen Teil der internationalen Offensive darstellt, und um den militärischen Kampf gegen China, der vorläufig hauptsächlich von England geführt wird, für den aber England nach Kräften alle anderen imperialistischen Regierungen gewinnen möchte. Das Verdienst

der kommunistischen Bewegung in allen Ländern überhaupt und in England insbesondere besteht darin, daß sie es verstanden hat, die Arbeitermassen für den Kampf um die Unterstützung Kantons zu gewinnen. Die II. Internationale macht jetzt wahnsinnige Anstrengungen, um dem manövrierenden englischen Imperialismus zu helfen, indem sie bemüht ist, die Bewegung zugunsten der Verteidigung der chinesischen Revolution ihrem Einfluß zu unterwerfen. Diese Methode ist nicht neu. Der Generalrat übernahm die Leitung des Generalstreiks in England, um ihm die Spitze abzurechen. Die deutsche Sozialdemokratie leitete „erfolgreich“ die revolutionäre Bewegung in Deutschland so lange, bis Hindenburg zur Macht gelangte. Jetzt handelt es sich um ein grandioses Manöver im internationalen Maßstab. Dieses Manöver richtet sich gegen eine revolutionäre Bewegung, die eine Bevölkerung von 400 Millionen Menschen unmittelbar berührt und die im wesentlichen gegen das ganze imperialistische System gerichtet ist. Den Machenschaften der II. Internationale stellen wir die Parole der aktiven, tatkräftigen Unterstützung der chinesischen Revolution entgegen.

A. SAIZEW :

DIE PERSPEKTIVEN DER SOWJETINDUSTRIE IM RECHNUNGSJAHR 1926/1927

Der Rat der Volkskommissare der USSR bestätigte im wesentlichen den vom Obersten Volkswirtschaftsrat ausgearbeiteten „Produktionsfinanzplan der Staatsindustrie für das Jahr 1926—1927“. Der über 400 Seiten starke Band, der diesen Plan enthält, bietet außerordentlich wichtiges Material für die Beurteilung des Zustandes, der Zusammensetzung, der Veränderungen und der nächsten Perspektiven der sozialistischen Industrie in der USSR. Um den Inhalt dieses Bandes erschöpfend zu behandeln, würden auch mehrere große Aufsätze nicht genügen. Deshalb kann der gegenwärtige Artikel nur ein schwaches Abbild dieses Planes bieten, das zudem nur einige Teilprozesse wiedergibt, die sich in der sozialistischen Industrie entwickeln.

In bezug auf die summarischen materiellen Ergebnisse der Arbeit in der sozialistischen Industrie, die sich für das Wirtschaftsjahr 1926—1927 anzeigen, ergibt der Voranschlag die Summe von 4992,4 Millionen Vorkriegsrubel. Das bedeutet einen Zuwachs von 20,1 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und eine Steigerung des Vorkriegsniveaus der Industrie um einige Prozent. Die genaue Zahl dieser letzten Steigerung kann nicht angegeben werden, weil bisher eine genaue Bewertung der Vorkriegsproduktion nach der heute gebräuchlichen Methode fehlt. Es muß gleich hier darauf hingewiesen werden, daß das erste Quartal des laufenden Jahres (vom 1. Oktober 1926 bis zum 1. Januar 1927) im Vergleich zum ersten Quartal des Vorjahres eine tatsächliche Zunahme um 24,2 Prozent ergeben hat. Bei dem gleichmäßigen Tempo, in dem sich die Industrie in diesem Jahre entfaltet, kann die Zunahme im 1. Quartal als Maßstab für den

gesamten wirklichen Jahreszuwachs angenommen werden. Folglich wurde der Plan (20,1 Prozent Zunahme) in dieser Hinsicht mit einer gewissen Reserve aufgestellt und kann unter günstigen Umständen (z. B. bei einer günstigen Ernte im Jahre 1927) noch übertroffen werden.

Bekanntlich war der anfängliche Voranschlag für das Tempo einer schmerzlosen Entwicklung der Industrie niedriger als die oben angeführten Ziffern und niedriger als die tatsächliche Erfüllung des Programms. Es ist im einzelnen bekannt, daß fünf Monate vor der Bestätigung des „Gesamtplanes“ des Obersten Volkswirtschaftsrates unter der Leitung von Genossen Smilga die Aufstellung der sogenannten „Kontrollziffern“ des Gosplan abgeschlossen wurde, wobei die Kommission des Genossen Smilga die wahrscheinliche Zunahme unserer staatlichen Industrie mit 15,8 Prozent bewertete. Die tatsächliche Entwicklung zeigt also ein schnelleres Tempo als der Voranschlag vom Herbst.

Das Bild wäre nicht vollkommen, wenn nichts über die Struktur der Erzeugung in unserer sozialistischen Industrie gesagt würde. Was die beiden allgemeinen Gruppen — die Erzeugung von Produktionsmitteln und die Erzeugung von Konsumtionsmitteln — betrifft, so ergibt sich — soweit eine solche Einteilung sich in den Schlußrechnungen durchführen läßt — folgendes Bild: bereits im Wirtschaftsjahr 1924—1925 konnte das Verhältnis zwischen diesen zwei großen Gruppen A und B* der industriellen Produktion durch die Zahl 44,5 : 55,5 (Sa. = 100) ausgedrückt werden. Im Wirtschaftsjahr nimmt dieses Verhältnis bereits ein wesentlich anderes Aussehen an und ist gleich 48,4 : 51,6 (Sa. = 100). Die Zunahme des spezifischen Gewichts der Industriezweige, die den Bedarf an Produktionsmitteln befriedigen, zeugt von dem Entwicklungstempo dieser Zweige, hinter dem das Entwicklungstempo der Gruppe B zurückbleibt, das bekanntlich an sich durchaus nicht langsam war. Im einzelnen wird für das Jahr 1926—1927 im Vergleich zum Vorjahr das Entwicklungstempo der Gruppe A mit 23,2 Prozent und das der Gruppe B mit 17,2 Prozent veranschlagt.

Ein solches Ergebnis der zielbewußten Regulierung des Wachstums durch die planierenden Organe der USSR befindet sich in vollkommener Uebereinstimmung mit dem Parteikurs, der auf die Industrialisierung der Sowjetunion, auf die Entwicklung der Erzeugung von Produktionsmitteln und Produktionswerkzeugen, auf die Verringerung der Abhängigkeit der USSR von den kapitalistischen Staaten hinsteuert. Von besonders großer Bedeutung ist naturgemäß die Entwicklung des Maschinenbaues, in welcher Hinsicht große Erfolge erzielt wurden (die Zunahme der Erzeugung von Motoren mit innerer Verbrennung um 67 Prozent im Jahr, von Maschinen zur Metall- und Holzbearbeitung um 112 Prozent, von Dampfkesseln um 63 Prozent, von Dampfturbinen um 75 Prozent, die Errichtung und Ausdehnung einer Reihe von für die Sowjetunion neuen Industrien, wie Bau von

* Zur ersten Gruppe (A) gehören die Heizstoffherzeugung, der Bergbau, die Metallindustrie, die elektrotechnische Industrie, die Erzeugung von Baumaterialien, die Baumwollerzeugung und zum Teil die chemische Industrie. Zur zweiten Gruppe (B) gehören die Textilindustrie, die Lederindustrie, die Papierherzeugung, die polygraphische Industrie, die Erzeugung von Porzellan, die Nahrungs- und Genußmittelproduktion und zum Teil die chemische Industrie.

Textilmaschinen, Herstellung von Großturbinen, von polygraphischen und Schuhmaschinen usw.) Diese Erfolge überheben uns natürlich nicht der Notwendigkeit, Industrieräte aus dem Auslande einzuführen. Diese Einfuhr wird noch eine große Rolle spielen, wie sie es denn auch im laufenden Jahre tut (141 Millionen Rubel beträgt in diesem Jahre die Einfuhr von Werkzeugmaschinen für die Unternehmungen, während sich die innere Erzeugung solcher Maschinen auf 171 Millionen Rubel beläuft).

Die Zahl der beschäftigten Arbeiter steigt in kleinerem Umfang als im Vorjahr, weil erstens das Entwicklungstempo der Industrie sich infolge der Beendigung der Wiederherstellungsmaßnahmen gegen das Vorjahr verlangsamt hat und weil zweitens im Vorjahr im Zusammenhang mit dem anfänglichen Voranschlag auf dem Gebiete der Produktionssteigerung, der sich als übertrieben erwies, die Industrie etwa 100 000 ü b e r f l ü s s i g e Arbeitskräfte eingestellt hatte, die indessen nicht wieder entlassen wurden, sondern bei der Industrie verbleiben konnten. Im laufenden Jahre werden diese 100 000 Arbeiter von der Industrie gänzlich aufgesogen werden; außerdem werden noch neue 135 000 ständige Arbeiter, 133 000 Saisonarbeiter und 12 000 Angestellte in die Industrie einbezogen werden. Die größte Zunahme entfällt auch hier wieder auf die Schwerindustrie (93 000 ständige und 110 000 Saisonarbeiter).

Das Wachstum der Industrie, das für das Jahr 1926—1927 mit 20,1 Proz. angesetzt wurde, erklärt sich in einem gewissen, recht bedeutenden Maße durch die k a p i t a l e n Arbeiten, die nach wie vor von uns vorgenommen werden.

Die Sache ist die, daß die Ausnutzung des alten überkommenen Inventars ihre Grenzen hat, und daß diese Grenzen in der größten Mehrzahl der Industriezweige — besonders jedoch in der Schwerindustrie — bereits im Vorjahr erreicht worden sind. Schon gar nicht zu reden von der Notwendigkeit von Ausgaben, die durch die historisch sich ergebende technische Rückständigkeit sogar der größten Unternehmungen, ihrer ungenügenden material-technischen Organisation (Planierung, Spezialisierung, Binnentransport usw.) bedingt sind. Kenner der russischen Industrie haben bereits früher diese Rückständigkeit gegeißelt. Aber unser Kapitalismus geriet sehr rasch in ein monopolistisches Stadium, das heißt, in ein Stadium der Stagnation oder gar der künstlichen Unterbrechung der technischen Entwicklung, und deswegen war die Lösung der obengenannten Aufgabe dem Proletariat vorbehalten, das indessen erst im Jahre 1924—1925 die Möglichkeit hatte, sich diese Aufgabe praktisch zu stellen. Gegenwärtig stecken wir bereits mitten in dieser Arbeit, die natürlich für ihre Ausführung eine recht lange Zeit erforderlich macht.

Die Dynamik der kapitalen Arbeiten (mit Ausnahme der Errichtung von elektrischen Kraftwerken) ist hinsichtlich der letzten Jahre aus folgenden Ziffern zu ersehen:

1924—25	385	Millionen Rubel	
1925—26	780	„	„
1926—27 (Voranschlag)	947	„	„ (davon bilden 30 Millionen Rubel die Reserven)

Insgesamt für 3 Jahre 2112 Millionen Rubel

Zieht man in Betracht, daß zu den kapitalen Arbeiten auch die Erneuerung des abgenutzten Materials (mit Ausnahme der laufenden Instandhaltungsarbeiten) gehört und daß ferner die Amortisierung im Jahre 1924 und 1925 ungefähr 285 Millionen Rubel betrug, so kann unschwer bemerkt werden, daß als erstes Jahr größerer, die Abnutzungssumme übersteigender Kapitalanlagen das Jahr 1924—1925 erscheint, in welchem die Amortisierung 334 Millionen Rubel betrug. Das laufende Jahr (mit einer Amortisierung von 353 Millionen Rubel) bedeutet in dieser Hinsicht einen noch größeren Fortschritt.

Die Summe der in dem *Industriefonds* angelegten realen Akkumulation beträgt folglich:

für 1924—25	etwa 100 Millionen Rubel
„ 1925—26	„ 446 „ „
„ 1926—27 (Voranschlag) „	„ 613 „ „
<hr/>	
Insgesamt für 5 Jahre	1159 Millionen Rubel

Dabei muß in Betracht gezogen werden, daß dies durchaus nicht heißt, daß die übrigen in den kapitalen Arbeiten angelegten Summen, d. h. die Amortisationsabschreibungen, ausschließlich für die kapitale Wiederinstandsetzung verwandt werden. Im Gegenteil, ein bedeutender Teil der Abschreibungen wird für die Wiederinstandsetzung, die Umplanierung und den Umbau der alten Unternehmungen verwandt. Hier einige Beispiele.

	Amortisierungsabschreibungen		Summe der kapitalen Wiederinstandsetzung	
	1925—26	1926—27	1925—26	1926—27
Metallurgische, Eisen- und Kupfererzindustrie	53,1 Mill. R.	69,7 Mill. R.	39,3 Mill. R.	39,4 Mill. R.
Feuerungsindustrie (Steinkohle, Naphta, Torf)	88,3 Mill. R.	111,4 Mill. R.	12,8 Mill. R.	12,9 Mill. R.

Die kapitale Wiederinstandsetzung tritt überhaupt zurück vor der Uminventarisierung, der Ausdehnung der Unternehmungen und der neuen Bautätigkeit. Ihr wechselseitiges Verhältnis ergibt sich aus folgender Tabelle:

	1925—26	1926—27
1. Kapitale Wiederinstandsetzung	133,6 Mill. R.	122,5 Mill. R.
2. Uminventarisierung und Ausdehnung	457,8 „	519,7 „
3. Neue Fabriken, Gruben u. andere Industrieanlagen	104,3 „	185,7 „
4. Wohnungsbau an bedeutenden Unternehmungen	85,0 „	89,9 „
<hr/>		
Insgesamt	780,7 Mill. R.	917,8 Mill. R.

Auf diese Weise kann das, was heute im technischen Aufbau unserer Industrie vor sich geht, eine energische Umgestaltung ihrer Basis, deren Erneuerung und verstärkter Aufbau auf Kosten neuer, realer Akkumulation genannt werden. In den verschiedenen Industriezweigen verläuft dieser Prozeß mit ungleicher Kraft und Intensität. Die für die sozialistische Industrie kennzeichnenden wirtschaftlichen Planmethoden gestatten es, diesen Prozeß in notwendige und erwünschte Bahnen zu lenken und ihn den einen oder den anderen Konjunkturfaktoren zu entziehen, die in der kapitalistischen Ordnung eine so große Rolle spielen.

Die Verteilung der Kapitaleinlagen auf die verschiedenen Industriezweige zeigt deutlich die Art derjenigen Bahnen, in die die Energie der rekonstruktiven Prozesse geleitet wird.

	1925—26	1926—27
	(ohne die Reserven von 30 Mill. R.)	
Gesamteinlagen in der Gruppe A	536,0 Mill. R.	675,2 Mill. R.
Im einzelnen:		
1. In der metallurgischen, Eisen- und Kupfer- erzindustrie	188,6 „	237,3 „
2. In der Feuerungsindustrie	204,1 „	273,3 „
Gesamteinlagen in der Gruppe B	244,8 „	242,6 „

Auf diese Weise streben zwei Drittel (1925—26) bis drei Viertel (1926—27) aller Anlagen in die Schwerindustrie, die Grundlage für die wirtschaftliche Selbständigkeit des Landes der proletarischen Diktatur. Wir weisen hier darauf hin, daß wir ein beispielsweise ähnliches Verhältnis in der Finanzierung der Umsatzmittel unserer Industrie haben.

Die zwei bedeutendsten Industriezweige — Metallurgie und Feuerung — saugen zusammen über die Hälfte aller Kapitalanlagen auf! Allein im Wirtschaftsjahr 1926—27 wächst das Grundkapital der Metallindustrie um 20 Prozent seines Realwertes! Das sind die auffallendsten Tatsachen des realen Industrialisierungsprogramms für das laufende Jahr.

Alle diese Anlagen werden sich natürlich noch nicht in ihrer *g* *a* *n* *z* *e* *n* *U* *m* *f* *a* *n* *g* *e* in den Produktionsergebnissen des laufenden Jahres ausdrücken, obwohl sie zweifellos einen gewissen Einfluß insbesondere auf die Leichtindustrie ausüben. Die Fristen der kapitalen Arbeiten werden nicht nach Monaten berechnet, und auf dem Gebiete der neuen Bautätigkeit handelt es sich um eine Reihe von Jahren. Die Mittel, die zum Aufbau neuer Industriewerke, Fabriken, Gruben und anderer Anlagen verwandt werden, bedeuten im wesentlichen nur den Beginn ungeheurer Arbeiten, die auf Jahre hinaus zu veranschlagen sind. Das Zahlenmaterial bezüglich dieses Gegenstandes zeigt, daß die im Bau befindlichen neuen Unternehmungen, die 1925—26 ohne die Voranschlagskosten 100,1 Millionen Rubel kosteten und 1926—27 weitere 175,9 Millionen Rubel kosten werden, einen Gesamtwert von 655,1 Millionen Rubel haben. Folglich wird das Gesamtergebnis erst nach der Anlage der restlichen 377,9 Millionen Rubel zu erzielen sein. Diese neuen Unternehmungen werden hauptsächlich in der Schwerindustrie gebaut (ihr Wert beträgt 498 Millionen Rubel des Gesamtwertes). Innerhalb der Schwerindustrie selbst entfällt der Hauptwert auf die Metallurgie, die Elektrotechnik und die Feuerungsindustrie mit einem Gesamtwert von 345 Millionen Rubel, wobei es sich um die Errichtung außerordentlich großer Unternehmungen handelt, wie zum Beispiel um die metallurgischen Werke in Kertsch, deren Anlagen 45 Millionen Rubel kosten und deren Jahresproduktion 50 Millionen Pud Gußeisen beträgt, um die landwirtschaftliche Maschinenfabrik in Rostow, deren Kosten 57,1 Millionen Rubel betragen und deren Jahresproduktion einen Wert von 37 Millionen Rubel hat, oder um 20 Großschächte mit einer Produktion von 360 Millionen Pud Kohle usw. Von den Schwerindustriewerken, die sich noch im Stadium des Entwurfes befinden, müssen sieben metallurgische Werke im Werte von über 400 Millionen Rubel erwähnt werden. Dazu gehören drei große metallurgische Werke (in Sibirien, im Ural und in der Ukraine), ein Waggonbauwerk, eine Maschinenfabrik, eine Traktorenfabrik und ein Industriewerk.

Die Fristen für die Ausführung und Beendigung aller dieser Arbeiten

liegen noch in weiter Ferne. Aber eines ist klar: diese Arbeiten schaffen eine feste Grundlage für die fernere industrielle Entwicklung der USSR.

Die oben angeführten Berechnungen beziehen sich nicht auf ein großes (vorwiegend neues) Aufbaugelände, auf die Elektrotechnik. Indessen nimmt sie in der gesamten Akkumulationssumme der Grundfonds in der Volkswirtschaft der Sowjetunion eine bedeutende Stellung ein. Es genügt, zu erwähnen, daß im Jahre 1925—26 für den kapitalen (vorwiegend neuen) Aufbau auf diesem Gelände 120 Millionen Rubel verausgabt wurden; für das laufende Jahr sind 153,6 Millionen Rubel vorgesehen, ohne Einschluß der Kosten für die Vorarbeiten zu dem Bau der hydro-elektrischen Dnjepr-Station, die sieben Millionen Rubel betragen und auf Rechnung des Gesamtplanes für kapitale Anlagen gehen. Für alle diese Arbeiten erhöht sich das fixe Kapital der Elektrostationen um mehr als das Dreifache im Vergleich zu dem Stand vom Beginn des Wirtschaftsjahres 1923—24.

Der Aufbau von großen, sogenannten regionalen elektrischen Kraftwerken wird der *E n e r g e t i k* der neuen sozialistischen Industrie zugrunde gelegt. Noch haben unsere Erfolge auf diesem Gelände nicht ein genügend hohes Niveau. Aber in Anbetracht der Lage der Dinge vor dem Kriege muß gesagt werden, daß wir auch in dieser Hinsicht in der Revolutionierung der Grundlagen der industriellen Entwicklung festen Fuß gefaßt haben. Im Jahre 1926—27 macht die Kraft der regionalen Kraftwerke in der allgemeinen Summe der von der Industrie benötigten Energien bereits 19 Proz. aus gegen 17 Prozent im Jahre 1925—26. Dieser Prozentsatz bedeutet noch nicht das spezifische Gewicht der gesamten von der Industrie benötigten elektrischen Kraft; dieses spezifische Gewicht steigt für das Jahr 1925—26 auf 57,5 Prozent und für 1926—27 auf 59 Prozent. Aber die meiste elektrische Kraft wird bisher noch immer in den eigenen Kraftstationen der Industrieunternehmungen gewonnen, die im Vergleich zu den Bezirksstationen weniger rentabel sind, obwohl sie natürlich lohnender sind im Vergleich zum Verbrauch mechanischer Kraft (der Verbrauch von 7000 Feuerungskalorien beträgt in Kilogramm pro Kilowattstunde in den Bezirksstationen 0,95, in den Fabrikstationen 1,3; bei mechanischer Energie beträgt der Verbrauch 2,2).

Dagegen war in der Vorkriegszeit die Rolle der Kraftwerke, die den heutigen Bezirksstationen entsprechen, vollkommen nichtig. Auf diesem Gelände beginnt das Proletariat der USSR wieder ein wahrhaft neues Werk.

Die Leistungsfähigkeit der im Betrieb befindlichen Kraftwerke betrug für das Jahr 1925—26 1,5 Millionen Kilowatt, was natürlich, absolut genommen, sehr unbedeutend ist. Im Jahre 1926—27 wird die Zunahme der Leistungsfähigkeit etwa 300 000 Kilowatt (20 Prozent) betragen, darunter 176 000 Kilowatt, die auf die Bezirksstationen entfallen und eine Zunahme von 47 Prozent ergeben. Die Zunahme der Leistungsfähigkeit der Hilfsindustrie geht im gleichen Tempo mit der Entwicklung der Industrie, wobei sie dieses Tempo ein wenig überbietet. Die gegenwärtig im Bau befindlichen Werke gestatten die Hebung dieses Niveaus um ein Bedeutendes und zwar mit der Aussicht, daß nach fünf Jahren die Kraft der Bezirksstationen über alle anderen Energiearten den Sieg davontragen wird. Sogar der Vergleich zwischen den zwei letzten Jahren (1925—26 und 1926—27)

zeigt, daß die in dieser Richtung angewandten Bemühungen nicht erfolglos sein werden. Dieser Vergleich ergibt folgendes:

I. Im Bau befindliche neue Kraftwerke wurden vollendet und in Betrieb gesetzt und die alten Stationen erweitert; ihre gesamte Leistungsfähigkeit betrug 78 000 Kilowatt im Jahre 1925—26 und wird im Jahre 1926—27 176 000 Kilowatt betragen.

II. Der Bau neuer Kraftwerke wurde fortgesetzt und die Erweiterung von fünf in Betrieb befindlichen Stationen begonnen; ihre gesamte Leistungsfähigkeit betrug im Jahre 1925—26 265 000 Kilowatt und wird im Jahre 1926—27 549 000 Kilowatt betragen.

III. Die Errichtung von neuen Werken wurde in Angriff genommen; ihre planmäßige Gesamtleistung gleicht 77 000 Kilowatt im Jahre 1925—26 und 167 000 Kilowatt im Jahre 1926—27.

Auf diese Weise ergibt die Arbeit in allen Stadien des Elektrizitätsaufbaues im Jahre 1926—27 eine Verdoppelung gegen das Vorjahr, und zwar etwas mehr als das Doppelte. Im Endertrag werden allein die obenangeführten Arbeiten, die gegenwärtig in vollem Gange sind, eine allgemeine Leistungsfähigkeit der Bezirksstationen von 1 314 000 Kilowatt ergeben gegen 375 000 Kilowatt im Oktober des Vorjahres. Es kann allem Anschein nach fest damit gerechnet werden, daß der allererste Elektrofizierungsplan der USSR vom Jahre 1920, der die Errichtung von Bezirksstationen mit einer Gesamtleistungsfähigkeit von 1,5 Millionen Kilowatt vorsieht und für einen „Zeitraum von 10—15 Jahren“ berechnet war, nach 10—11 Jahren, also fast in der kürzesten vorgesehenen Frist ausgeführt werden wird.

So verhält es sich mit der Umgestaltung der elektrischen Grundlage unserer Industrie und nicht nur dieser Grundlage.

In innigem Zusammenhang damit steht die Frage der Feuerungsversorgung. Die Feuerungsversorgung bildete vor dem Kriege eine der schwächsten Seiten der Industrietätigkeit. Trotz der ungeheuren Kohleneinfuhr aus dem Auslande war in den letzten Vorkriegsjahren die Situation in dieser Hinsicht außerordentlich zugespitzt. Insbesondere war das Rekordjahr 1913 in der Kohlegewinnung zugleich ein besonders schlimmes Krisenjahr in der Feuerungsversorgung. Die besten Kenner der Bedürfnisse der Industrie forderten deshalb die Hebung der Feuerungsversorgung, in der sie den wichtigsten Ausgangspunkt zum Aufschwung unserer Industrie erblickten. Daraus erklären sich die Bemühungen der Sowjetregierung in dieser Hinsicht (siehe z. B. den Umfang der Kapitalanlagen in der Feuerungsindustrie).

Die realen Erfolge dieser Bemühungen geben die Möglichkeit, einen Materialhunger zu vermeiden, obwohl es verfrüht ist, von einer zuverlässigen Befestigung der Feuerungsbasis, von der notwendigen Mineralisierung der Feuerungsbilanz zu reden. Die Gewinnung der Steinkohle, der grundlegenden Feuerungsart, die im Jahre 1926—27 das Niveau der Vorkriegsausbeute um 13—14 Prozent übersteigen wird, bietet keine volle Sicherheit für eine normale Feuerungswirtschaft, obwohl das allgemeine Niveau der industriellen Produktion den Vorkriegsstand um einen etwas geringeren Prozentsatz übertrifft. Eine vielversprechende Arbeit besteht in der Bewirtschaftung und Verwendung der Feuerung, in dem Ersatz von teuren

Feuerungsarten durch billigeres, örtliches Material, das den weiten Transport erübrigt (z. B. die Braunkohle in der näheren Umgebung Moskaus, Torf usw.), in der Ausnutzung der Wasserkraft der Wolchower und anderer kleiner hydroelektrischer Stationen, in der Steigerung der Torfgewinnung um die Hälfte gegenüber dem Jahre 1925—26 und um das Dreifache gegenüber den Vorkriegsjahren, im einzelnen in der Errichtung von elektrischen Torfstationen (die größten davon sind die „Elektrizitätsübertragung“ und die Schatursker, beide in der Umgegend von Moskau, der „Rote Oktober“ in Leningrad und die Station in Nishij-Nowgorod), in der Steigerung der Verwendung der Moskauer Kohle gegen die Vorkriegszeit, insbesondere bei der Arbeit des Kraftwerks Kaschira, das zum Teil bereits dieses minderwertige Material verwendet, sodann in der Ausnutzung minderwertigen Materials vom Donetzbecken; durch alles das wird die Festigung der Feuerungsbasis unserer Industrie gefördert werden. Was die Rationalisierung des Feuerungsverbrauchs betrifft, so liegt hier im allgemeinen ein weites Betätigungsfeld vor uns. Die untenstehende Tabelle zeigt den diesbezüglichen Voranschlag für das laufende Jahr.

	Steigerung des Konsums i. J. 1926-27 gegen 1925-26 in Prozenten	Steigerung der Gesamtproduktion i. J. 1926-27 gegen 1925-26
Metallindustrie	14,8	23,0
Textilindustrie	3,3	18,5
Chemische Industrie	24,0	33,7
Nahrungsmittelindustrie (ohne Zucker- industrie)	8,0	16,8
Verarbeitung von mineral. Stoffen .	19,4	33,4
Sonstige Industrie (ohne Zuckerind.)	11,0	20,4

Es ist uns unmöglich, auf die anderen außerordentlich wichtigen Probleme der sozialistischen Industrie einzugehen, insbesondere auf das Problem der landwirtschaftlichen Rohstoffe, die nach Maßnahmen in bezug auf die Bauernwirtschaft verlangen, auf das Problem der Selbstkosten der Industrie usw.

Wir verweilen bei dem Finanzierungsproblem. Die Ausführung der Produktionsprogramme verlangt seit dem Jahre 1925—26 nach wie vor einen ungeheuren finanziellen Kraftaufwand. Eine riesige Errungenschaft besteht darin, daß die Wiederherstellung und der weitere Aufschwung unserer Industrie auf Rechnung der inneren Hilfskräfte unseres Landes vor sich gingen und das angesichts eines direkt unbedeutenden, geradezu unmerklichen Zuflusses von Kapitalien aus dem Auslande, wenn man die kurzfristigen Kredite außer acht läßt, die nicht über die Befristung der normalen kommerziellen Kredite hinausgehen. Bekanntlich können wenige kapitalistische Länder solche Erfolge aufweisen. Das heißt nicht, daß die Erfolge leicht zu erzielen waren. Aber es handelt sich darum, daß das siegreiche Proletariat keine Mühe scheut, keine Schwierigkeiten fürchtet, soweit es um seine ureigenste Sache, um die Festigung der Basis des Sozialismus, geht.

Die Gesamtsumme der Kapitalien, die der Sowjetindustrie zufließen, beträgt, abgesehen von den Ergebnissen der Mobilisierung der inneren Hilfskräfte, zusammen mit dem Elektrizitätsaufbau

im Jahre 1925—26 . . .	1344,1 Millionen Rubel
„ 1926—27 . . .	1707,8 „ „
Insgesamt in 2 Jahren	3051,9 Millionen Rubel

Etwa zwei Drittel dieses Zuflusses wurde für die Finanzierung der kapitalen Arbeiten verwandt.

Woher kamen diese kolossalen Summen?

Aus drei Quellen.

I. In der Industrie selbst vorhandene Mittel. Sie betragen im Wirtschaftsjahr 1925/26 665,4 Millionen Rubel und im Jahre 1926/27 761,3 Millionen Rubel.

II. Allgemeinstaatliche Mittel. Sie betragen entsprechend 442,8 Millionen Rubel und 713,9 Millionen Rubel. In gewissem Maße (in welchem — siehe weiter unten) gehört dazu auch die innerindustrielle Akkumulation, da ein Teil der Akkumulation aus den Unternehmungen in das Staatsreservoir fließt, um diese Mittel am zweckmäßigsten zu verteilen, insbesondere um ihre Ueberführung aus der leichten in die Schwerindustrie zu bewerkstelligen. Die Bilanz zwischen den Abschreibungen aus der Akkumulation der Industrie und dem Zuflusse in die Industrie ergibt ein reines Saldo zugunsten der Industrie, das im Jahre 1925/26 246,8 Millionen Rubel und im Jahre 1926/27 193,0 Millionen Rubel beträgt. Diese Summen bilden eben einen reinen Zufluß in die Industrie von außen her (abgesehen von den Bankkrediten, von denen weiter unten die Rede sein wird). Der Rest stellt die Summe eben der Mittel dar, die in der Industrie enthalten sind, aber durch das Budget und andere Kanäle des Staates aufs neue verteilt werden. Bei Einbeziehung dieser Mittel, die von der Industrie selbst gesammelt werden, steigen die allgemeinstaatlichen Mittel im Wirtschaftsjahr 1925/26 bis auf mehr als 850 Millionen Rubel und im Jahre 1926/27 bis auf mehr als 1300 Millionen Rubel.

II. Der Bankkredit. Er betrug im Wirtschaftsjahr 1925/26 236,2 Millionen Rubel und im Jahre 1926/27 232,6 Millionen.

Dies ist das wechselseitige Verhältnis der wichtigsten Quellen der Industriefinanzierung. Eine der wichtigsten Schlußfolgerungen für die Zukunft, die sich aus der Untersuchung der Finanzlage ergeben, ist die Frage des Umsatztempos des Kapitals. Angesichts der bedeutenden Summen, die zur Verstärkung der Umsatzmittel der Industrie verwandt werden, könnte eine Beschleunigung des Kapitalumsatzes einen gewissen und nicht zu kleinen Teil der Mittel zur Finanzierung der kapitalen Arbeit freimachen. Die Umsatzzeit in der Industrie ist immer noch übermäßig lang, insbesondere gilt das für die Produktionszeit, und jede Abkürzung dieser Zeit bedeutet die Freimachung von vielen Millionen Rubel für den neuen Aufbau, für die Ausgestaltung einer zuverlässigen Basis der Industrialisierungspolitik der KP der Sowjetunion.

Es ist interessant, die Aufmerksamkeit der folgenden Tatsache zuzuwenden. Die für die Sowjetunion ungeheuer umfangreiche Finanzierung der Industrie ging Hand in Hand mit der Zunahme des Arbeitslohnes. Die Arbeitslöhne steigen sogar noch in diesem Jahre, obwohl der Prozeß der Wiederinstandsetzung im wesentlichen bereits abgeschlossen ist und das Wachstum der Elemente der Produktion nicht mehr wie bisher forciert werden, sondern im gewöhnlichen Tempo verlaufen sollte. Dessen ungeachtet wächst der monatliche Arbeitslohn der ständigen Arbeiter im Durch-

schnitt um 10 Prozent, wobei der Oberste Volkswirtschaftsrat annimmt, daß es sich hier nicht um die Höchstzunahme, sondern eher um die Mindestzunahme handelt. Es handelt sich hier um den Nominalarbeitslohn. Alles spricht dafür, daß die Realsteigerung höher ist. Die Ausmaße dieser Steigerung hängen ab von dem Erfolg der Kampagne zugunsten einer Herabsetzung der Kleinhandelspreise, die während des vorjährigen starken Warenhungers nicht nur nicht zurückgegangen sind, sondern im Gegenteil sogar angezogen haben. Im laufenden Jahr ist die Warenversorgung wesentlich besser geworden, und man darf überzeugt sein, daß der Kampf, den gegenwärtig die KP der SU für die Ueberwindung der vorjährigen Tendenzen in den Handel treibenden Organisationen führt, erfolgreich sein wird, daß die Verkürzung der Spanne durchgeführt wird und daß der Reallohn bedeutend mehr als um die eben angeführten 10 Prozent steigen wird.

Wir beschränkten uns auf das oben Gesagte, können jedoch nicht umhin, zum Schluß das Schicksal gewisser Prophezeiungen zu verzeichnen, die insbesondere von der Opposition in der KP der Sowjetunion in bezug auf die Perspektiven der Industrialisierung gemacht worden sind. Die Weissagungen der Opposition über eine Verschlimmerung der Lage, über das Versagen des diesjährigen Industrialisierungsprogramms, über den Zusammenbruch des gesamten Systems der von der KP der SU betriebenen Wirtschaftspolitik sind bereits vom Leben selbst einer Durchsicht unterzogen worden. Die Erfahrung hat gezeigt, wie sehr recht die Partei hatte, als sie die Opposition als eine Fraktion kennzeichnete, die Panikstimmungen erzeugt und zur sozialdemokratischen Bewertung unserer Entwicklung herabsinkt, was somit bewiesen ist.

Richtiges Manövrieren, eine planmäßige, ruhige, vorsichtige, beharrliche Entfaltung unserer Industrie ohne schädliche Fremdkörper und krampfhaftige Bewegungen (wie die von der Opposition in Vorschlag gebrachte Verbilligung der Industrieerzeugnisse oder die Zurückziehung der Geldmittel aus dem Handel und die sich daraus ergebende Uebergabe des Warenaustausches zwischen Stadt und Land in die Hände des Privatkapitals), eine Politik der proportionalen Entwicklung der einzelnen Teile unserer Wirtschaft, — alles das führte zum Zusammenbruch der oppositionellen Weissagungen, zur Stärkung der sozialistischen Industrie, zur weiteren Steigerung ihres spezifischen Gewichtes in unserer Volkswirtschaft, zu einem weiteren Fortschritt im Kampfe der sozialistischen Elemente unseres Wirtschaftslebens gegen seine kapitalistischen Elemente.

G. WASSILJEW: DIE NÄCHSTEN ORGAUFGABEN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI FRANKREICHS

„Die Partei hat eine gute Kampagne gegen den Marokko-Krieg geführt. Sie hat zum erstenmal in Frankreich die Grundsätze und die Taktik des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg angewandt, hat es aber nicht verstanden, aus jener Aktion jene Vorteile für ihre zahlenmäßige Erstarkung und ihre Konsolidierung zu ziehen, die sie bei einer vollen Ausnutzung der Aktion zu ziehen vermocht hätte.

Im Verlauf der dem Regierungsantritt Poincarés vorangegangenen Regierungskrisen war es schwer, die allgemeine politische Situation richtig einzuschätzen, und die Partei ließ es an der erforderlichen Aktivität mangeln.

Bei der Bildung der Regierung Poincaré hat die Partei deren Bedeutung und Rolle richtig eingeschätzt, hat aber nicht genug für die Mobilisierung der Massen getan. Das ist auf die Mängel ihrer ganzen Organisation zurückzuführen. Diese wurden durch die jüngste energische Agitationskampagne unter den Massen zu spät und nur teilweise wieder beseitigt.“ (Thesen der 7. Erweiterten Exekutive über die internationale Lage und die Aufgaben der KI.)

Die Verbindung der organisatorischen mit der politischen Arbeit

Im Zusammenhang mit der Offensive der Bourgeoisie erstarken die Linkstendenzen unter dem französischen Proletariat und greifen immer weiter um sich. Im Herbst hat die Partei, im Zusammenhang mit der Bildung der Regierung Poincaré, eine große Agitationskampagne durchgeführt. Die Kampagne stieß auf die Sympathie der breitesten Schichten der Arbeiterklasse. Trotz ihres großen agitatorischen Erfolges hat diese Kampagne nur eine verhältnismäßig unbedeutende Festigung der Parteiorganisationen zur Folge gehabt und hat die organisatorische Verbindung der Partei mit den breiten Schichten der Arbeiterklasse verhältnismäßig nur um weniges verstärkt. In der Resolution des ZK der KPF vom 20. Oktober werden folgende Hauptmängel der Herbstkampagne festgestellt: 1. Die treibenden Kräfte der Kampagne waren hauptsächlich die „Humanité“ und die Parlamentsfraktion der Partei. 2. Die Kampagne wurde im großen und ganzen im Rahmen einer allgemeinen Presseagitation sowie lokaler Versammlungen durchgeführt, ohne jedoch auf das Eindringen in die Betriebe eingestellt zu sein.

Aus dieser Charakteristik der Herbstkampagne geht hervor, daß die organisatorische Arbeit der Ortsorganisationen der Partei — und infolgedessen auch der ganzen Partei — mit den politischen Aufgaben der Partei nicht Schritt hält und hinter ihnen zurückbleibt. Diese Lage fordert von der Partei eine mit allen Mitteln zu betreibende Erstarkung und Festigung der organisatorischen Arbeit und die Herstellung eines unzertrennlichen und engen Zusammenhanges dieser Arbeit mit den laufenden politischen Tagesaufgaben.

Die Festigung der Betriebszellen

In der Resolution des Plenums des ZK der KPF vom 20. Oktober, die die Ergebnisse der Herbstagitationskampagne zusammenfaßt, werden der Partei

als die wichtigsten organisatorischen Aufgaben der nächsten Zeit die Aufgaben des Eindringens in die Großbetriebe und der Festigung der Betriebszellen gestellt. Die Berichte aus der Provinz sowie die Materialien des ZK der KPF besagen, daß die Ortsleitungen bis in die letzte Zeit hinein der Arbeit zur intensiveren Gestaltung der Parteiarbeit in den Betrieben keine große Aufmerksamkeit widmeten.

Der Berichterstatter des Orgbüros des ZK kennzeichnete in der Sitzung vom 26. November die Arbeit der Partei in den Betrieben folgendermaßen:

„Wir müssen feststellen, daß wir uns in sämtlichen Rayonleitungen noch nicht ernsthaft mit der Frage befaßt haben und das ist die Ursache, warum wir sie jetzt stellen ... Ebenso muß mit der Methode Schluß gemacht werden, die darin besteht, daß man einmal in einem halben Jahre auftritt, mit einer Betriebszeitung herauskommt und Dinge sagt oder schreibt, die nicht das geringste mit dem zu tun haben, was man den Arbeitern das letztmal gesagt hat. Wir tauchen unerwartet eines schönen Tages vor dem Betriebe auf, halten eine Rede und verschwinden dann wieder. Daraufhin hört man von uns ein ganzes Jahr überhaupt nichts mehr.“ Der Berichterstatter schlägt den Rayonleitungen vor, sich „ernsthaft mit dem Studium der Großbetriebe, der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter in ihnen und den politischen Stimmungen zu befassen, die in den Betrieben und in den Werkstätten entstehen“, da „der Vorstand der Rayonleitungen den unteren Parteiorganisationen, die die Politik der Partei unmittelbar den Betrieben gegenüber durchführen, erst dann Direktiven erteilen kann, nachdem mit möglichster Genauigkeit — und mit Hilfe der Rayonleitungen und Zellen — die Besonderheiten der Lage eines jeden Betriebes festgestellt wurden“.

Die aus Anlaß dieses Berichtes angenommene Resolution lautet:

„Der Bericht der Rayonleitung über die Frage der Eroberung der Großbetriebe wird bestätigt und es wird beschlossen, die Arbeit durchzuführen.“

Diese Materialien des Orgbüros des ZK der KPF zeigen, daß die Orgarbeit der Kommunistischen Partei Frankreichs bis in die letzte Zeit hinein im wesentlichen falsch eingestellt war. Die Zentralaufgabe der Kommunistischen Partei ist die Eroberung der Betriebe, besonders der Großbetriebe. In dieser Richtung gilt es, die Kräfte und die Aufmerksamkeit der Partei zu konzentrieren. Wenn sich, wie der Berichterstatter des Orgbüros des ZK in seinen Ausführungen vom 26. November 1926 bezeugte, sogar die Rayonleitungen noch nicht ernsthaft mit der Arbeit zur Eroberung der Großbetriebe beschäftigt haben, so leuchtet ein, daß die Frage einer Aenderung der gesamten Richtung der Orgarbeit der Kommunistischen Partei Frankreichs aufgeworfen werden muß. Der Berichterstatter des Orgbüros des ZK schlägt den Rayonleitungen vor, sich mit einem ernsthaften Studium der Lage in den Betrieben zu befassen. Das ist absolut richtig. Ohne ein ernsthaftes Studium der Lage in den Betrieben kann die Kommunistische Partei diese weder ideologisch, noch organisatorisch erobern. Aber es leuchtet doch ein, daß das ZK der KPF, das die schwache Stelle der Orgarbeit der Partei richtig abgetastet hat, gleichzeitig auch die Frage der Ursachen einer solchen Lage stellen und sich darüber klar werden muß, warum erst jetzt nach einer zweijährigen Reorganisationsarbeit der KPF die Frage der Eroberung der Großbetriebe aufgeworfen wird. Aus den Materialien der ZK der KPF vom 26. November ergibt sich einwandfrei, daß die KPF die ganze Praxis ihrer Orgarbeit unter dem Gesichtspunkt des gefaßten Beschlusses über die Notwendigkeit der Konzentrierung der Kräfte auf die Eroberung der Großbetriebe revidieren muß. Das ZK muß mit allen parteilichen Machtmitteln darauf hinarbeiten, daß sich sämtliche Ortsorganisationen der Partei

und jedes Parteimitglied insbesondere unverzüglich auf die Zusammenfassung aller Kräfte in dieser Richtung konzentrieren.

Die Werbetätigkeit der Partei

Eine der Formen zur Eroberung der Großbetriebe durch die KPF und der organisatorischen und ideologischen Verankerung in ihnen muß in einer systematischen und hartnäckigen Werbearbeit bestehen. Das zahlenmäßige Wachstum der KPF ist ein sehr langsames und bleibt erheblich hinter dem Wachstum des ideologischen Einflusses der Partei zurück, wie insbesondere die aus Anlaß der Herbst-Agitationskampagne gemachte Erfahrung gezeigt hat. Es scheint, daß dieses langsame zahlenmäßige Wachstum der KPF in engem Zusammenhang mit der Schwäche der ganzen Orgarbeit der Partei steht. Die Aenderung des Kurses in der vom ZK bezeichneten Richtung wird — wenn diese Linie mit aller Festigkeit und Entschlossenheit durchgeführt wird — nicht verfehlen, Erfolge zu zeitigen. Der erwähnte Berichterstatter hat in seinen Ausführungen im Orgbüro vom 26. November von einem Betriebe gesprochen, der „buchstäblich das ganze Jahr hindurch von einer unaufhörlichen Propaganda belagert ist“, was der Partei fünfzig neue Mitglieder zuführte. Eine derart ununterbrochene Belagerung muß die Partei im ganzen Lande organisieren und dabei das Feuer auf die Großbetriebe der wichtigsten Industriezweige konzentrieren.

Die Werbung neuer Mitglieder muß Hand in Hand gehen mit der politischen Schulung dieser neuen Mitglieder. Genosse Torres hält es in seinem Artikel „Unsere Kampagne“ in der Ausgabe Nr. 57 der „Cahiers du Bolchévisme“ für notwendig, die neuen Mitglieder in bezug auf ihre Erprobung und Schulung gründlich zu bearbeiten, bevor sie in die entsprechenden Zellen verteilt und ihrer Arbeitsstelle überwiesen werden. Meiner Meinung nach ist dieser Vorschlag abwegig. Er ist erstens ein indirektes Eingeständnis der Vorzüge der Wohnbezirksorganisation gegenüber der Betriebszelle. Zweitens wird durch diesen Vorschlag die Aufgabe der politischen Schulung der neuen Parteimitglieder falsch gestellt. Die Hauptaufgabe der Schulung der neuen Parteimitglieder besteht darin, sie mit in die praktische Parteiarbeit hineinzuziehen. Die Arbeiter, die der Kommunistischen Partei beitreten, rechnen darauf, in ihren Reihen praktische Anwendung für ihre revolutionären Anschauungen zu finden. Die Partei, die neue Genossen in ihre Reihen aufnimmt, muß in erster Linie diese Anforderungen ihrerseits berücksichtigen; sonst werden diese Arbeiter sich von uns abwenden. Darum muß die Gewinnung neuer Parteimitglieder für die Parteiarbeit gerade mit der Betriebsarbeit einsetzen. Hier reifen augenblicklich die Hauptkonflikte heran und gerade durch die aus diesen Konflikten sich ergebende Erfahrung revolutioniert und bolschewisiert sich das politische Denken der Arbeiterklasse. Gerade darum müssen die neuen Parteimitglieder innerhalb der Betriebszelle und im Prozeß der praktischen Zellenarbeit gestählt werden. Es versteht sich von selbst, daß die Parteimitglieder — neben dieser praktischen Arbeit — nach Kräften auch mit populärer, guter und billiger marxistischer Literatur versehen werden müssen, daß für sie kurzfristige Kurse veranstaltet werden müssen usw. Aber das Schwergewicht der Arbeit mit den neuen Mitgliedern muß darauf verlegt werden, sie in die praktische Parteiarbeit im Betriebe hineinzuziehen.

Die innerparteiliche Demokratie

Die Belebung der Orgarbeit der KPF, die Steigerung der Werbetätigkeit und die Festigung der Zellen hängt aufs engste zusammen mit der Frage der festen Durchführung des Regimes der innerparteilichen Demokratie. Die Arbeiter werden nicht in die Zellen gehen, wenn diese kein intensives inneres Leben haben. Solche Zellen können nicht zu Stützpunkten der Partei werden. Die Betriebszellen sind deshalb schwach, weil sie wenig Mitglieder haben und sie haben wenig Mitglieder, weil ihre Arbeit nichts Anziehendes an sich hat. Eines hängt mit dem anderen zusammen. Um die Betriebszellen zu wirklichen Stützpunkten der Partei werden zu lassen, müssen sie an der Beratung und Entscheidung aller großen allgemeinen Fragen der Partei auch tatsächlich teilnehmen. Jedes Parteimitglied muß wissen und sich anschaulich dessen bewußt sein, daß es ein Teil der allgemeinen Parteigemeinschaft ist, das für alle entscheidenden politischen Handlungen der Partei verantwortlich ist. Von diesem Gesichtspunkte aus ist es erforderlich, daß die allgemeinen Versammlungen der Zellenmitglieder regelmäßig und möglichst häufig stattfinden. Wenn sich allgemeine Versammlungen der Zellenmitglieder aus politischen oder technischen Ursachen nicht einberufen lassen, so müssen solche Versammlungen in Teilgruppen einberufen und Konferenzen der Vertreter solcher einzelnen Teile zwecks Behandlung der allgemeinen Fragen abgehalten werden. Angesichts dessen, daß in den Versammlungen der Betriebszellen nicht immer in entsprechender Weise zu den großen Fragen Stellung genommen werden kann — ist unbedingt darauf hinzuwirken, daß außer den allgemeinen Zellenversammlungen in den Zellengruppen und Stadtteilen regelmäßig allgemeine Mitgliederversammlungen der Betriebs- und Straßenzellen einberufen werden, in denen sämtliche entscheidenden Fragen der Parteiarbeit zu behandeln sind. Weiter handelt es sich um die Frage der allseitigen Steigerung der Aktivität und der Initiative der Orts-, Stadtteil- und Rayonleitungen. Jede dieser Organisationen muß die Festigung der kollektiven Führung anstreben und Maßnahmen ergreifen, um die Sitzungen der Parteileitung regelmäßig zu gestalten und dafür zu sorgen, daß diese sich mit sämtlichen wichtigsten Fragen sowohl der Ortsarbeit, als auch der allgemeinen Arbeit befassen und daß zur Besprechung dieser Fragen die Funktionäre der unteren Organisationen, u. a. der größten Betriebszellen usw. herangezogen werden. Es muß zur festen Regel werden, daß sämtliche Parteileitungen systematisch über ihre Arbeit vor den unteren Parteiorganisationen, auf den entsprechenden Parteikonferenzen und auch in den allgemeinen Mitgliederversammlungen der Partei und in den Zellen Bericht erstatten. Eine solche Kontrolle der von der Parteileitung geleisteten Arbeit ist das sicherste Mittel zur Belebung und Politisierung der Arbeit der unteren Organisationen sowie zur Stärkung der kollektiven Führung und der innerparteilichen Demokratie.

Die Kaders

Mit dem Problem der innerparteilichen Demokratie aufs engste verknüpft sind die Probleme hinsichtlich der leitenden Kaders der Partei und des Parteiapparates.

Die leitenden Kaders der KPF sind schwach und wachsen langsam. Be-

sonders scharf macht sich der Mangel an Zellen- und Fraktionssekretären sowie an leitenden Funktionären in den Zellengruppen und Stadtteil-Leitungen bemerkbar. Die Herausbildung leitender Kaders der Partei ist eine sehr schwierige Sache. Sie erfordert einen systematischen Ausbau der Bildungsarbeit und eine systematische Arbeit zur Festigung des Parteiapparates, die Hauptsache aber, die im Auge behalten werden muß, ist die, daß die Kaders der Partei sich vor allem in der praktischen Arbeit bilden. Je entwickelter die kollektive Führung in der Partei ist, um so rascher bildet sich der Stamm von Parteifunktionären, die sich aus den besten Elementen, die die Partei hat, aus der Zahl der Mitglieder der Betriebszellen rekrutieren. Andererseits gestattet eine breite Entfaltung der kollektiven Führung und die Heranziehung der Funktionäre der unteren Parteiorganisationen zur leitenden Parteiarbeit einen Abbau der Anzahl der bezahlten Funktionäre, macht den Parteiapparat elastischer, bringt ihn in engere Fühlung mit den Massen und entbürokratisiert ihn stärker.

Partei- und Betriebszeitungen

Eines der wichtigsten Mittel zur Belebung der Initiative der Parteiorganisationen sowie zur Verstärkung des Eindringens in die Massen ist die Parteipresse und besonders die Betriebszeitung. Das ZK der KPF arbeitet in letzter Zeit stark an der Verbesserung der Parteipresse und hat in dieser Richtung gewisse Erfolge aufzuweisen. Vom Standpunkte der Interessen der Orgarbeit aus sind an die Parteipresse der KPF gegenwärtig folgende weitere Forderungen zu stellen: Erstens eine systematische Beleuchtung der Orgfragen, zweitens ein Ausbau der Arbeiterkorrespondenten- und der Parteikorrespondentenbewegung, drittens die stärkste Heranziehung der Betriebs- und Straßenzellen zum Vertrieb der Parteipresse, viertens hinsichtlich der Betriebszeitungen bedarf es vor allem einer gesteigerten Aufmerksamkeit und Unterstützung seitens der zuständigen Parteileitungen. Ebenso ist es nötig, daß in den Betriebszeitungen Fragen behandelt werden, die sich aus dem Leben der Betriebe ergeben, wobei sie, was selbstverständlich ist, mit den allgemeinen Zielen und Aufgaben der Partei in Zusammenhang gebracht werden müssen; weiter müssen die Betriebszeitungen von Funktionären der Zelle hergestellt werden und dürfen nicht von Funktionären der Stadtteileitungen geschrieben werden. Schließlich müssen die Betriebszeitungen dazu ausgenützt werden, um in jene Betriebe einzudringen, in denen es weder eine Zelle noch einzelne Parteimitglieder gibt.

Die englischen Genossen schildern, wie sie eine Reihe von Betriebszellen mit Hilfe von Betriebszeitungen gebildet haben. Sie gingen dabei wie folgt vor: Die entsprechende Parteileitung bestimmte einen Betrieb, in dem eine Zelle gebildet werden mußte und übertrug diese Aufgabe einem oder mehreren Genossen. In einer Reihe von Fällen, besonders wenn es sich darum handelte, in einen Betrieb einzudringen, haben die englischen Genossen (übrigens hat man auch in Amerika dieselbe Erfahrung gemacht) provisorische, sogenannte „Konzentrationszellen“ organisiert. Diese benannten Genossen (und die Sammelzellen) begannen damit, daß sie persönliche Verbindung mit den Arbeitern anknüpften, durch Vermittlung dieser Verbindungen Material über die Lage in dem Betriebe sammelten und dann, unter Benutzung dieses Materials, eine Betriebszeitung zu den brennenden Fragen

des Betriebes herausgaben. In der Regel wurde eine solche Betriebszeitung zum Ausgangspunkt der politischen Belegung des Betriebes und gewährte der Partei die Möglichkeit, organisatorisch in dem Betriebe Fuß zu fassen, wobei sie sich anfänglich auf die mit der Betriebszeitung Sympathisierenden stützte und dann eine Zelle organisierte. Die Betriebszeitungen der Kommunistischen Partei Englands werden in der Regel verkauft und durch den Erlös aus ihrem Verkauf werden nicht nur die Herausgabekosten gedeckt, sondern es verbleibt auch noch ein gewisser Restbetrag zugunsten der Parteikasse.

Die Verfolgung der Betriebszellen

Besonders in der letzten Zeit haben verschärfte Repressalien der Betriebsleitungen und der Polizei gegen die Zellenfunktionäre und überhaupt die Mitglieder der Betriebszellen eingesetzt. Das aus den Ortsgruppen der KPF vorliegende Material besagt, daß in einer großen Anzahl von Fällen sämtliche Kommunisten aus den Betrieben entlassen und häufig auf die schwarze Liste gesetzt wurden, so daß sie zur Arbeitslosigkeit verdammt sind. Wenn also die Unternehmer und die Polizei zur Verfolgung greifen, so bedeutet das, daß man vorsichtiger arbeiten muß. Ganz besonders bezieht sich das auf den leitenden Kern der Betriebszellen. Neben den Genossen, die entsprechend den diesbezüglichen Beschlüssen der Parteiinstanzen ihre Arbeit mehr oder weniger offen zu betreiben haben, müssen andere Genossen in der Reserve gehalten werden, um im entsprechenden Moment einspringen und diese Genossen ablösen zu können.

Gleichzeitig damit muß die Frage einer breit angelegten Kampagne gegen die Arbeiter und die Mitglieder der Betriebsleitung aufgeworfen werden, die in den Betrieben als Spitzel tätig sind. Es gilt, diese Elemente zu entlarven, ihre Namen zu veröffentlichen und um sie eine Atmosphäre der Verachtung zu schaffen, sie durch alle öffentlichen Organisationen, durch die Presse usw. zu verfolgen usw.

Dort, wo die Betriebszellen vorsichtiger arbeiten, darf es aber unter keinen Umständen zu einer Schwächung einer Verbindung mit den Massen kommen. Andererseits bedeutet die Vorsicht zwecks Verhinderung von Verfolgungen durch die Polizei und die Unternehmer durchaus nicht, daß man Zusammenstöße vermeiden und sein kommunistisches Gesicht verbergen soll. Eine Rayonleitung teilt in dem Bericht an das Orgbüro des ZK der KPF über die Arbeit zur Eroberung der Großbetriebe mit, daß sie (die Rayonleitung) in einem örtlichen Großbetrieb nicht arbeitete und dort an einer Bewegung um Lohnerhöhung, die in diesem Betriebe eingesetzt hatte, nicht teilnahm, „weil die Kommunistische Partei unvorsichtig gehandelt hätte, wenn sie unmittelbar vor einer Bewegung, die zu einem vierstündigen Streik führte, so vorgegangen wäre“. Dabei mußte man gerade in umgekehrter Weise vorgehen. Wenn die Partei weiß, daß im Betriebe eine starke Gärung im Anzuge ist, so muß sie mit allen Kräften darauf bedacht sein, in den Betrieb einzudringen und die Initiative zur Organisation der ganzen Bewegung zu ergreifen, um sie mit der allgemeinen Linie und den Aufgaben der Partei zu verknüpfen. Wollte irgendeine Kommunistische Partei nach dem erwähnten Rezept der Rayonparteileitung handeln, so ließe sich schon im voraus sagen, daß sie niemals in die Arbeitermassen

eindringen und niemals zu deren Führerin im Kampfe um ihre Befreiung werden wird.

Die Arbeit in den Gewerkschaften

Die Arbeit in den Gewerkschaften ist die wichtigste Arbeit der Kommunistischen Partei Frankreichs. Die 7. Erweiterte Exekutive der KI hat sämtlichen Sektionen in dieser Frage folgende Richtlinien mitgegeben:

„Es gilt, die besondere Wichtigkeit der Arbeit in den Gewerkschaften, als der breitesten Massenorganisationen der Arbeiterklasse, im Auge zu behalten, die unter den Verhältnissen der scharfen ‚wirtschaftlichen‘ Offensive des Kapitals eine außergewöhnliche Bedeutung gewinnen; die kommunistischen Parteien können unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu keinen festen Erfolgen gelangen, ohne die allenergischste Arbeit in dieser Richtung zu entfalten. Die Erweiterte Exekutive der KI stellt fest, daß die Arbeit der Kommunistischen Parteien an dieser Kampffront erhebliche Lücken aufzuweisen hat.“

Welches sind nun die wichtigsten Lücken, die die Orgarbeit der Kommunistischen Partei Frankreichs in den Gewerkschaften aufzuweisen hat? Diese Mängel sind folgende: Die kommunistischen Fraktionen in den französischen Gewerkschaften beginnen erst, sich zu organisieren und sind, soweit man hier bereits von einem Fortschritt und von gewissen ersten Schritten sprechen kann, noch weit entfernt von irgendwelchen ernsthaften Erfolgen. Noch in keiner einzigen Gewerkschaft führen die Fraktionen ein regelmäßiges Leben. Der innere Gehalt der Arbeit der Fraktionen bedarf noch ernsthafter Verbesserungen. In den Reihen der Partei mangelt es noch an einem hinreichend klaren Verständnis für die Ziele und Aufgaben der Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften. Darauf ist zurückzuführen, daß es noch Parteimitglieder gibt, die zwar gewerkschaftlich organisiert werden können, aber nicht gewerkschaftlich organisiert sind, und daß es andere Parteimitglieder gibt, die bereits ihren Gewerkschaften beigetreten, aber noch nicht zu Fraktionen organisiert sind. Zum Beispiel wurde auf dem letzten Eisenbahnerkongreß in Aalais, auf dem 135 Kommunisten unter 150 Delegierten anwesend waren, beschlossen, keine Fraktionen zu bilden, da diese ja angeblich auf diesem Kongreß nichts zu tun hätten. In dem Protokoll der Gewerkschaftskommission des ZK vom 24. Dezember wird von einem Genossen aus Cannes gesprochen, der zu dem Beschluß gekommen ist, unbedingt aus seiner Gewerkschaft auszutreten und eine rote Gewerkschaft zu organisieren. Der leitende Parteifunktionär desselben Rayons, der die Mitteilung über die Erklärung dieses Genossen bestätigte, fügte hinzu, daß diesem Genossen gegenüber darauf verwiesen worden sei, daß „wir, obwohl wir ihn gut kennen, die Verantwortung dafür ablehnen, um durch das, was er vor hat, nicht in unserer Arbeit behindert zu werden“.

Das ZK der KPF, das selbst alle diese Fehler festgestellt hat, muß in jeder Beziehung die Arbeit der Gewerkschaftsabteilungen intensiver gestalten.

Die Arbeit unter den Arbeitslosen und unter den Ausländern

Die wirtschaftliche Krise und die Offensive der Bourgeoisie stellen die KPF vor die aktuellsten organisatorischen Aufgaben in bezug auf die Arbeit unter den Arbeitslosen und den Ausländern. Diese beiden Aufgaben hängen

eng miteinander zusammen, da sowohl die Arbeitslosigkeit als auch die Schläge der Reaktion in erster Linie die ausländischen Arbeiter angehen, so daß die Partei ihren ganzen Einfluß auf die Arbeiterklasse dazu verwenden muß, um alle Versuche, unter den französischen und ausländischen Arbeitern Zwietracht zu säen, zu vereiteln und um die Massen der ausländischen Arbeiter für den gemeinsamen revolutionären Kampf zu gewinnen. Das ZK der KPF hat vollkommen recht, wenn es augenblicklich im Zusammenhang mit der zunehmenden Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit Alarm schlägt. In erster Linie gilt das für die in den Gewerkschaften und in den Stadträten arbeitenden Parteimitglieder. Die Gewerkschaften müssen die Abwehr gegen die Offensive des Kapitals organisieren und den Hauptkampf um die Organisierung der Arbeitslosen führen. Die Stadtratsfraktionen müssen sich für einen Höchstunterstützungssatz an die Arbeitslosen seitens der Selbstverwaltungskörperschaften einsetzen. Dabei gilt es im Auge zu behalten, daß ein erheblicher Teil der Parteimitglieder, u. a. die Zellenfunktionäre, der Gefahr ausgesetzt sind, binnen kurzem arbeitslos zu werden. Die arbeitslosen Parteimitglieder müssen ein Maximum an Initiative und Aktivität zur Organisierung der Arbeitslosen aufbringen und haben innerhalb der Organisation der Arbeitslosen sofort feste Fraktionen zu bilden; die zuständigen Parteileitungen aber haben für eine ernsthafte Leitung der Arbeit dieser Fraktionen der Arbeitslosenorganisationen Sorge zu tragen. Vor der Partei erhebt sich die Frage, ob die arbeitslosen Parteimitglieder in den Betriebszellen verbleiben oder in die Straßenzellen ihres Wohnbezirkes überwiesen werden sollen. Die Praxis anderer Länder, besonders Deutschlands, zeigt, daß die arbeitslosen Parteimitglieder als Ballast in den Betriebszellen fungieren, wenn diese Betriebszellen nicht zum allgemeinen Kampf der Partei gegen die Arbeitslosigkeit in dem jeweiligen Industriezweig, zusammen mit den zuständigen Gewerkschaftsorganisationen und den Arbeitslosenorganisationen herangezogen werden. Auf diese Weise erhebt sich also erstens die Frage neuer, unaufschiebbarer und sehr verantwortlicher Aufgaben der Betriebszellen. Zweitens gilt es im Auge zu behalten, daß es den arbeitslosen Parteimitgliedern in einer Reihe von Ländern Schwierigkeiten bereitet, alle Sitzungen ihrer früheren Betriebszellen zu besuchen und in diesen ihren Parteiverpflichtungen nachzukommen. Die Ortsorganisationen der Partei haben infolgedessen jene organisatorischen Maßnahmen zu besprechen, die es den arbeitslosen Parteimitgliedern ermöglichen, die Verbindung mit ihrer früheren Betriebszelle (soweit das überhaupt möglich ist) aufrechtzuerhalten und gleichzeitig an dem gesamten Parteileben durch die Straßenzellen ihres Wohnbezirkes teilzunehmen. Es muß hier der Praxis der Ortsorganisationen überlassen bleiben, ausfindig zu machen, welche konkreten organisatorischen Formen hierbei zur Anwendung gelangen sollen.

Das sind kurz die wichtigsten Orgaufgaben, die vor der KPF augenblicklich stehen. Es sind das große und schwierige Aufgaben. Sie erfordern die Anspannung aller Kräfte der Partei, aller ihrer Instanzen und jedes einzelnen Mitgliedes im besonderen. Zum ersten Male seit ihrer Existenz tritt die KPF in eine Periode sehr schwerer Belastungsproben ein. Der Ausgang dieser Belastungsproben wird in sehr bedeutendem Grade von dem Erfolge der organisatorischen Arbeit der Partei abhängen.

P. KITAIGORODSKI:
ALBANIEN — EIN HERD KRIEGERISCHER
KONFLIKTE

Der Kampf der Imperialisten, der um Albanien entbrannt ist, ist vor allem ein Kampf um die Beherrschung des Adriatischen Meeres.

Jedoch ist nicht allein das Bestreben, sich in der Adria festzusetzen, die Triebfeder jenes Konfliktes, der zwischen den Mächten um Albanien ausgebrochen ist. Albanien hat auch noch Bedeutung als Rohstoffmarkt, als reiches, petroleumhaltiges Gebiet und als Absatzmarkt. Der Kampf um das albanische Petroleum zwischen England und Italien hatte eine Zeitlang äußerst scharfe Formen angenommen. England dehnte seinen Einfluß auf Albanien mit Hilfe der „Anglo-Persian Oil-Company“ aus, die dort bereits vor mehreren Jahren die Ausbeutung der Petroleum-Vorkommen in Angriff genommen hat. Aber auch dem italienischen Kapital ist es gelungen, sich eine große Petroleumkonzession in Albanien zu sichern. Die einzelnen Bohrgebiete sind nun in der letzten Zeit auf „friedlichem“ Wege zwischen England und Italien aufgeteilt worden.

Das italienische Kapital hat in Albanien tiefe Wurzeln geschlagen. Drei Viertel des Handelsumsatzes entfallen auf den Anteil Italiens. Vor 1½ Jahren hat eine Gruppe italienischer Faschisten unter Führung des Großbankiers Mario Alberti mit dem albanischen Finanzministerium ein Abkommen über die Gewährung einer Anleihe von 50 Millionen Goldfranken abgeschlossen, die im Laufe von vierzig Jahren zu einem Zinsfuß von 7½ Prozent abgetragen werden sollte, während die jährlichen Raten unter Zuschlag der Amortisationsquote ungefähr 8 Millionen Goldfranken ausmachen sollten. Die 1925 gegründete Albanische Nationalbank besteht zu 51 Prozent aus italienischen Kapitalien.

Im Rayon von Skutari wurden den Italienern Waldkonzessionen eingeräumt. Ebenso erhielten die italienischen Kapitalisten Konzessionen zum Bau von Eisenbahnen und Verkehrswegen, die strategische Bedeutung haben und dazu bestimmt sind, als Stützpunkte für den Aufmarsch gegen Jugoslawien zu dienen.

Die Interessen Italiens und Jugoslawiens in Albanien laufen einander diametral entgegen. Eine Zeitlang stand an der Spitze der albanischen Regierung der „Freund“ Italiens — Fan Noli, der sich auf Italien orientierte. Jugoslawien bewaffnete den Gegner Fan Nolis, den Reaktionär Ahmed Zogu, der die Regierung Fan Noli stürzte und sich selbst zum Herrscher Albaniens ausrief. Italien verstand es jedoch, die antiitalienische Politik des jugoslawischen Strohmannes Ahmed Zogu zu paralysieren und letzteren zu zwingen, nach der Seite Mussolinis hin einzuschwenken.

Zeitweilig hatte es den Anschein, als hätten Italien und Jugoslawien ihre Interessensphären sowohl in Albanien als auch in anderen Stützpunkten des Adriatischen Meeres friedlich untereinander aufgeteilt. Auf Grund eines (provisorischen) Abkommens von 1924 verzichtet Jugoslawien zugunsten

Italiens auf seine Ansprüche auf Fiume und erhält als Gegenleistung hierfür die Anerkennung seiner Rechte auf den Küstenstrich Dalmatien (mit Ausnahme von Zara) sowie auf den Hafen von Barosch, der zusammen mit Fiume in der Tat einen einheitlichen Komplex darstellt. Die Regierung Paschitsch-Nintschitsch, die Vertreterin der „großserbischen“ Interessen, ließ sich auf dieses Abkommen ein, um Italien gegenüber freie Hand in den Streitfragen an der adriatischen Küste und damit die Freiheit des Handelns in Mazedonien zu erhalten.

Sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß weder Italien noch Jugoslawien ernsthaft daran denken, ein friedliches Nebeneinander in Albanien zu ermöglichen.

Die kroatischen Elemente, mit der Raditsch-Partei an der Spitze, übten einen ständigen Druck auf die jugoslawische Regierung aus und zwangen sie, eine „adriatische“ Politik zu verfolgen. Die Kroaten können sich nicht mit dem Gedanken aussöhnen, daß Fiume für sie verloren ist. Die Beherrschung einer festen Position in Albanien bedeutet somit eine Rückversicherung in bezug auf Fiume. Jugoslawien begann deshalb gegen den italienischen Strohmann Fan Noli, der inzwischen übrigens ein liberales Regime im Lande eingeführt hatte, zu intrigieren. Der gleiche Herrscher Albaniens, der sich außenpolitisch auf Italien orientiert hatte, stützte sich in seiner Innenpolitik auf die Bauernmassen, die er vom Joche der feudalen Beys befreit und denen er gewisse Rechte in bezug auf die Gemeindegewaltverwaltung des flachen Landes eingeräumt hatte. Er hat auch die Bodenreform durchgeführt indem er den Bauern Land aus dem konfiszierten Besitz der großgrundbesitzenden Beys zuteilte.

Fan Noli, der in bezug auf die Sowjetunion die Politik Italiens verfolgte, knüpfte Beziehungen mit der Sowjetregierung an; diese entsandte im Jahre 1924 eine diplomatische Mission unter Führung des Genossen Krakowetzki nach Albanien, die allerdings in der Folge, auf äußeren Druck hin, aus Albanien ausgewiesen wurde.

Die Regierung Paschitsch-Nintschitsch konnte sich nicht lange mit der Tatsache der Erstarkung des italienischen Einflusses in Albanien abfinden. Sie bewaffnete den Gegner Fan Nolis — Ahmed Zogu, der mit Unterstützung der in ihren Interessen „geschädigten“ Beys den Aufstand gegen die italienfreundliche Regierung Fan Noli anzettelte. Letzterer war gezwungen nach Italien zu fliehen; jetzt noch stehen seine Legionen in Bari bereit, bei entsprechender Unterstützung erneut in Durazzo zu landen.

Nach dem Sturz der liberalen Regierung Fan Noli stellte Ahmed Zogu die Macht der feudalen Beys wieder her, erstattete ihnen den durch die frühere Regierung konfiszierten Grund und Boden zurück, während er gleichzeitig sämtliche, von Fan Noli eingeführten Freiheiten aufhob. Ahmed Zogu brauchte eine zentralisierte Staatsgewalt und mußte ein straffes polizeibürokratisches Regime einführen, um die Massen zur völligen Ergebenheit zu zwingen. Die mit der Vergrößerung des Staatsapparates sowie der zahlenmäßigen Erweiterung der Polizei- und Gendarmeriekräfte verbundenen Ausgaben wurden in ihrer ganzen Schwere den Volksmassen aufgebürdet.

Ahmed Zogu schritt zur Entwaffnung der Bevölkerung, die sogar unter der Herrschaft der Sultane das Recht des Waffentragens besessen hatte. Er stützte sich auf den mohammedanischen Teil der Bevölkerung, indem er

künstlich ihre krankhaft-religiösen Gefühle reizte und die Stammesfehde entfachte.

In der Außenpolitik orientierte sich Ahmed Zogu auf Jugoslawien, das ihn mit Geld und Munition unterstützte.

Mussolini jedoch ergriff seine Gegenmaßnahmen. In der Hand hielt er einen derart starken Trumpf wie die Legionen Fan Nolis, die auf ein erstes gegebenes Zeichen hin zu einer Landung in Albanien bereitstehen. Die Furcht vor einer Landung der feindlichen Legionen zwang Ahmed Zogu zu dauernden Konzessionen an Mussolini. Und in der Tat hat sich das italienische Kapital mit Erfolg im Verlauf der letzten eineinhalb Jahre eine Reihe vorteilhafter Konzessionen in Albanien gesichert, wobei es dieses Land in ein Netz hinterhältiger Verträge verstrickte. Mussolini genügten jedoch wirtschaftliche Konzessionen nicht. Ihm kam es darauf an, seine politische Kontrolle über Albanien dadurch zu verstärken, daß er es der Kontrolle durch Jugoslawien entzog. Die Agenten Mussolinis benützten die unter den Stämmen römisch-katholischen Glaubens entstandene Gärung, bewaffneten sie und organisierten eine Abteilung von etwa 3000 Mann, die sich Anfang November 1926 gegen die Zentralregierung erhoben. Der Aufstand wurde „moralisch“ durch die italienische Flotte unterstützt, die zu dieser Zeit demonstrativ Manöver an der albanischen Küste abhielt.

Der von Italien unterstützte Aufstand setzte Ahmed Zogu in größten Schrecken und er beeilte sich, alle seine jugoslawischen Positionen aufzugeben und das ihm von Italien aufgezwungene albanisch-italienische Abkommen zu unterzeichnen. Durch dieses Abkommen hat Italien faktisch seine Ziele erreicht, insofern es Italien die politische Herrschaft und Kontrolle über die Außenpolitik Albanien sichert.

Der zweite Punkt des Abkommens, der es Albanien verbietet, ohne Wissen Italiens irgendwelche politischen oder militärischen Vereinbarungen zu treffen, ist direkt gegen Jugoslawien gerichtet.

Der fünfte Punkt, der die Ratifizierung des Abkommens durch den Völkerbund verlangt, beweist, daß gegenwärtig hinter den Kulissen der italienisch-albanischen Abmachung England steht. Falls Italien nicht von vornherein von der wohlgeneigten Haltung Englands gegenüber dem italienisch-albanischen Abkommen überzeugt gewesen wäre, so würde es nicht gewagt haben, dem Völkerbundsmitgliede Albanien einen derartigen „Freundschafts“vertrag, der die politische Unabhängigkeit dieses Landes liquidiert und es faktisch in eine italienische Kolonie verwandelt, in so unverschämter Weise aufzuzwingen.

Anscheinend hat Chamberlain Mussolini bei ihrer Zusammenkunft in Livorno die Zusage gegeben, Italien nicht zu stören, sollte es seine Hand auf Albanien legen. Diese Tatsache wurde gleichzeitig in der amerikanischen „New York Tribune“ sowie im französischen „Matin“ veröffentlicht. Nach Ansicht des „Matin“ hat sich England zu einer engeren Annäherung an Italien entschlossen, um auf diese Weise den Einfluß der französisch-deutschen Verhandlungen in Thoiry zu paralysieren, wobei es Italien als Kompensation u. a. seine Sanktion zu dem Abschluß des italienisch-albanischen Vertrages erteilte.

Obwohl die englische Presse die Enthüllungen des „Matin“ über die Rolle Englands beim Abschluß des italienisch-albanischen Abkommens sowie über

die Versuche Englands zur Wiederherstellung des Gleichgewichts der Mächte in Europa nach dem System der Vorkriegszeit dementierte, spricht dennoch alles dafür, daß gerade die Hand Englands auch hier mit im Spiele ist.

Das italienisch-albanische Abkommen hat in Jugoslawien eine tiefgehende Regierungskrise hervorgerufen. Der Außenminister Nintschitsch trat zurück. Die öffentliche Meinung Jugoslawiens war aufs äußerste erregt. Indirekt war der italienisch-albanische Vertrag gegen Frankreich gerichtet, ein Umstand, der England besonders zustatten kam, das aus allen Kräften darauf hinarbeitet, Jugoslawien unter seinen Einfluß zu bringen.

Sowohl in Kroatien als auch in Slowenien hat England den Boden für seinen politischen Einfluß in Form erfolgreicher Placierungen Londoner Bankkapitalien vorbereitet. Die englische Diplomatie sucht sich diesen Faktor zunutze zu machen, wobei sie verschiedene kroatische Parteien (u. a. auch die Partei Raditsch) im Sinne einer frankreichfeindlichen, England aber günstigen Orientierung bearbeitet.

Die englische Diplomatie manövriert hinter den Kulissen, indem sie auf die italienische Regierung einwirkt und sie zwingt, sich mit Jugoslawien dahingehend zu verständigen, den Konflikt durch eine Aufteilung Albaniens beizulegen. Der gestürzte albanische Premierminister Fan Noli erklärte vor kurzem in einem Interview mit Pressevertretern, daß Italien eine Aufteilung Albaniens anstrebt. Es ist aber klar, daß Italien sich ohne die Zustimmung Englands zu einem derartigen Schritt nicht entschlossen hätte.

Um Jugoslawien zu Verhandlungen geneigt zu machen, organisiert Italien insgeheim einen Ueberfall auf die jugoslawische Grenze. Ahmed Zogu bildet Komitatschiabteilungen, die die Grenze Jugoslawiens beunruhigen. Gleichzeitig damit lassen die italienischen Diplomaten Versuchsballons steigen, um die Stimmung hinsichtlich einer Aufteilung Albaniens zu erkunden. So z. B. verbreitete die griechische Zeitung „Politea“ das sensationelle Gerücht, der italienische Gesandte in Belgrad hätte der jugoslawischen Regierung konkrete Vorschläge unterbreitet, die auf eine Aufteilung Albaniens in Interessensphären hinauslaufen. Entsprechend dieser Version soll Italien Jugoslawien volle Handlungsfreiheit in Nordalbanien, einschließlich Skutari, einzuräumen bereit sein, während Süd- und Zentralalbanien zur italienischen Einflußsphäre gemacht werden sollen. Außerdem sei Italien bereit, dem jugoslawischen Kapital eine Beteiligung in Höhe von 30 Prozent des Aktienkapitals an der albanischen Nationalbank einzuräumen. Italien und Jugoslawien würden dabei, im Falle von Unruhen in Albanien, gemeinsame Maßnahmen zur Wiederherstellung der Ordnung in diesem Lande zu ergreifen haben.

Dieser Versuchsballon hat jedoch in den jugoslawischen politischen Kreisen nicht die gewünschte Wirkung hervorgerufen. Besonders ablehnend reagierte auf diesen Vorschlag die kroatische Presse. Das Organ der kroatischen Kapitalisten, „Obsor“, bestand auf einer Ablehnung eines derartigen italienischen Projektes. Die Kroaten verlangen mehr, sie möchten Albanien mitsamt Valona schlucken, das den Zutritt zum Adriatischen Meere versperrt. Dem Vorschlag der Aufteilung Albaniens zwischen Italien und Jugoslawien stellt die kroatische Presse die Parole entgegen: „Der Balkan den Balkanstaaten.“ Es ist jedoch klar, daß ein solcher Standpunkt aufs schärfste der aggressiven Politik Italiens zuwiderläuft, die aus Albanien eine strategische Basis zu

machen sucht, von wo aus es leicht ist, den italienischen Einfluß auf alle Balkanstaaten auszudehnen.

Es ist eine außerordentlich gespannte Situation entstanden. Jugoslawien ist isoliert. Es werden Stimmen laut, die eine Annäherung an die Sowjetunion und die Türkei befürworten, um den Ring der feindlichen Staaten (Bulgarien und Ungarn), mit dem Mussolini Jugoslawien umgeben hat, zu durchbrechen.

Die Kleine Entente, dieses Kind Frankreichs, macht eine schwere Krise durch. Obwohl Rumänien vor kurzem einen Freundschaftsvertrag mit Frankreich geschlossen hat, der ihm die Unantastbarkeit der bessarabischen Grenze garantiert, steht sowohl Rumänien, als auch Griechenland stark unter dem Einfluß Italiens, das im vorliegenden Falle Seite an Seite mit der englischen Diplomatie marschiert, was der in Gastrollen machende englische Finanzminister Churchill, in Rom und Athen in Begleitung der Spitzenabteilung des englischen Mittelmeergeschwaders vielsagend demonstrierte.

Der Kampf um Albanien droht in einen bewaffneten Zusammenstoß des sich auf Frankreich stützenden Jugoslawien mit Italien umzuschlagen, das sich auf die „moralische“ Mitwirkung Englands stützt. Albanien wird dadurch zu einem Herd kriegerischer Konflikte.

Das faschistische Italien hat an der Küste der Adria eine gefährliche Mine gelegt, die imstande ist, den auch ohnehin bis zum Rande mit Sprengstoffen gefüllten Pulverkeller, „Balkan“ genannt, in die Luft zu sprengen . . .

WILHELM KOENEN - BERLIN: DIE ERSTEN ERGEBNISSE DER DEUTSCHEN BERUFSZÄHLUNG VON 1925

Als im Jahre 1924 die Stabilisierung der Mark mit Hilfe des Dollars und auf Kosten der Arbeitskraft in Deutschland gelungen war, faßte die deutsche Bourgeoisie den Entschluß, einmal wieder eine Bestandsaufnahme über die deutsche Bevölkerung sowie über ihre berufliche und betriebliche Gliederung durchzuführen. Die Regierung setzte das Datum dieser allgemeinen Volkszählung auf den 16. Juni 1925 fest, weil auch die letzte Volkszählung der Vorkriegszeit, die des Jahres 1910 im Juni erfolgte. Die Vergleichbarkeit der für die soziale, wirtschaftliche und politische Entwicklung weitaus bedeutungsvolleren Betriebs- und Berufszählung hat darunter stark gelitten. (Die letzte Zählung dieser Art wurde im Jahre 1907 im Dezember, also unter ganz anders gelagerten Saisonverhältnissen durchgeführt.)

Die allgemeine Volkszählung brachte ihre Resultate nach etwa dreiviertel Jahren heraus. Die Betriebs- und Berufszählung, die an die zweite Stelle gesetzt war, ist jetzt nach eineinhalb Jahren noch nicht endgültig durchgeführt. In den letzten Monaten erscheinen in der Halbmonatsschrift „Wirtschaft und Statistik“ abschnittsweise die Resultate der Betriebs- und Berufszählung aus den einzelnen deutschen Ländern und Provinzen. Die laufende kritische Durchprüfung dieser Veröffentlichungen macht es möglich, „an

Hand der in allen Ländern mit großer Regelmäßigkeit wiederkehrenden Erscheinungen einen Ueberblick über die wichtigsten allgemeinen Entwicklungstendenzen zu gewinnen“. So sagen die amtlichen Veröffentlichungen.

Eine solche vorläufige Bearbeitung dieser Zählungsergebnisse ist um so mehr berechtigt, als nunmehr für 55 Prozent, also mehr als die Hälfte des Reichsgebietes, die Ergebnisse vorliegen. Das gilt für ganz Süddeutschland (Bayern, Württemberg, Baden, Hessen), ganz Mitteldeutschland (Sachsen, Thüringen, Anhalt, Braunschweig und Provinz Sachsen), sowie für die Wasserkante (Hamburg, Lübeck, Bremen, Oldenburg, Schleswig-Holstein und beide Mecklenburg). Außerdem liegen wesentliche Ergebnisse vor für Groß-Berlin und für das durch den polnischen Korridor abgetrennte Gebiet Ostpreußen. Wie diese Uebersicht ergibt, fehlen noch wichtige preußische Provinzen. Da unter den ausstehenden Bezirken sich zahlreiche preußische Großstädte und neben anderen wichtigen Wirtschaftsgebieten auch das rheinisch-westfälische Industriegebiet befinden, so werden die schon jetzt festzustellenden Tendenzen durch die weiteren Ergebnisse ganz unzweifelhaft nur noch gefestigt und erhärtet.

Wenn es auch noch nicht möglich ist, feste Prozentverhältnisse anzugeben, so treten doch die Strukturveränderungen innerhalb der Bevölkerung, im Bestande der verschiedenen sozialen Klassen aus den bisher vorliegenden Zahlen schon so klar hervor, daß sie zu gewissen theoretischen und politischen Folgerungen durchaus berechtigen. Die Zahlen beweisen Schritt für Schritt die Richtigkeit der von Marx und Engels aufgestellten Theorien über die kapitalistische Entwicklung und das Schicksal der verschiedenen Klassen, resp. ihre Rolle und ihre Aufgaben in der kapitalistischen Gesellschaft.

Im Jahre 1910 wurde für das damalige Deutschland mit den alten Grenzen eine Bevölkerungsziffer von 64 925 993 Ortsanwesenden ermittelt. Nach Abzug der abgetrennten Gebiete (Elsaß-Lothringen, Posen, Teile von Oberschlesien und Westpreußen sowie des Saargebiets) ist für den Stand von 1910 die Bevölkerungsziffer von 57 798 369 errechnet worden. Für dieses Gebiet mit den nach dem Versailler Diktat festgesetzten Grenzen ohne Saargebiet ist jetzt am 16. Juni 1925 eine Bevölkerungszahl von 62 568 753 ermittelt. Einschließlich des Saargebietes, das man zurückerhofft, ist eine Bevölkerungszahl von 63 338 753 errechnet. Für die Betriebs- und Berufszählung scheidet aber gegenwärtig das Saargebiet von allen Berechnungen aus.

Noch stärker als die Bevölkerungsziffer ist der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung gestiegen. Während er 1907 noch 45,5 Prozent ausmachte, kann man diesen Anteil nach den bisher vorliegenden Ergebnissen auf fast 60 Prozent beziffern. Bemerkenswert ist dabei, daß das Anwachsen der Zahl der Erwerbstätigen in den Agrarbezirken durchweg größer war als in den Industrieorten und Großstädten. Außerdem entfällt die Zunahme der Erwerbstätigen hauptsächlich auf das weibliche Geschlecht und das wiederum vorwiegend in ländlichen Gegenden. Bedeutsam ist für diese Zunahme der Erwerbstätigen auch noch die Verschiebung in den Altersstufen. Infolge des Krieges und des Geburtenrückganges ist die Zahl der Kinder gegenüber

den Erwerbstätigen erheblich v e r m i n d e r t. Das ist eine Sondererscheinung, die sich in dem Jahrzehnt nach dem Kriege noch in der verschiedensten Weise bemerkbar machen muß. Das Reichsstatistische Amt will außerdem für die wachsenden Ziffern der Erwerbstätigen noch als Grund gelten lassen, daß bei der jetzigen Zählung die mithelfenden Familienangehörigen statistisch viel besser erfaßt worden seien als bei der Zählung von 1907. Diese bessere statistische Erfassung der mitarbeitenden Angehörigen habe sich insbesondere in den Landgebieten bemerkbar gemacht.

Das Anwachsen der Zahl der Erwerbstätigen umfaßt in vollem Umfange nur gegen Gehalt und Lohn beschäftigte Personen. Die Zahl der Selbständigen hat sich nicht vermehrt. Sie ist in den entscheidenden Berufsgruppen, Gewerbe und Landwirtschaft, sogar recht erheblich zurückgegangen. Nur durch das Anwachsen der Zahl der selbständigen Existenzen im Handel war bis Juni 1925 der generelle Rückgang der statistischen Zahl der Selbständigen noch verhindert.

Der Begriff der Selbständigen ist übrigens in der deutschen amtlichen Statistik ein so umfangreicher, daß volkswirtschaftlich wie sozial mit der statistischen Fiktion, die man amtlich aus diesem Begriff gemacht hat, gar nichts anzufangen ist. Es werden nämlich unter dem Begriff „Selbständige“ z u s a m m e n g e f a ß t neben den Betriebsinhabern auch noch die Administratoren, Direktoren, Geschäftsführer, leitenden Beamten und sonstigen Betriebsleiter, außerdem die Pächter, die Miteigentümer, die sämtlichen Hausgewerbetreibenden (Heimarbeiter) sowie die selbständigen freien Berufe (Künstler, Aerzte usw.). Damit ist der Begriff der Selbständigen in der denkbar schlimmsten Weise v e r w i r r t. Denn krassere soziale Gegensätze, als sie zwischen dem großkapitalistischen Unternehmer und dem Heimarbeiter, der mit seinen Familienangehörigen für eine fremde Firma arbeitet, aber doch auch als selbständig gezählt wird, sind kaum vorzustellen. Wie sich innerhalb des Kleingewerbes die Zahl der noch selbständigen Handwerksmeister durch ihr Versinken in die Heimarbeit für den Großlieferanten vermindert hat, ist aus der Statistik überhaupt nicht festzustellen, denn jeder von ihnen wird einfach weiter als selbständig gezählt. Auch das mit der Technisierung der Betriebe und der Mechanisierung der Verwaltungen verbundene Anwachsen der Zahl der Direktoren, Verwalter, Betriebsleiter, Geschäftsführer und der höheren Beamten ist hier nicht ermittelt. Ihre Einrechnung in die Schicht der Selbständigen läßt über die Veränderung der Zahl der wirklichen Unternehmer überhaupt kein Bild mehr gewinnen.

Trotz all dieser Komplikationen ergibt sich aber doch, daß die „selbständigen Gewerbetreibenden“ trotz der Zunahme der Bevölkerung nicht nur einen relativen Rückgang, sondern sogar einen R ü c k g a n g i n d e r a b s o l u t e n Z a h l aufweisen. Und das gilt trotz der Eiurechnung der Heimarbeiter und der Inflationsfolgen auch noch für 1925. Prozentziffern lassen sich noch nicht angeben. Soweit bisher Feststellungen in den einzelnen Gebieten gemacht werden konnten, trifft dieser Rückgang besonders stark das e i g e n t l i c h e H a n d w e r k. Das ist nicht nur aus der Berufszählung festzustellen, sondern mehr noch aus der Betriebszählung, die besonders deutlich den starken Rückgang der Kleinbetriebe und der Zahl der

in Kleinbetrieben beschäftigten Personen nachweist, worauf später noch eingegangen wird.

Bedauerlicherweise ist eine Spezialisierung in der Zählung der Selbständigen nur nach den Begriffen Landwirtschaft, Gewerbe und Handel durchgeführt. — Die schon für das Gewerbe aufgezeigte allgemeine Tendenz des Rückganges der Zahl der Selbständigen ist auch durchweg für die Landwirtschaft festzustellen.

Im auffälligen Gegensatz zu Industrie und Gewerbe ist im Handel und Verkehr eine beträchtliche Zunahme der selbständigen Existenzen zu verzeichnen. Das Reichsstatistische Amt läßt noch offen, ob diese Zunahme hauptsächlich eine solche der leitenden Kräfte, also der Geschäftsführer, Direktoren usw. ist. Inwieweit die Zunahme der selbständigen Existenzen im Handel das Entstehen neuer Handelsbetriebe bedeutet, wird sich erst aus den Endziffern der Betriebszählung später ersehen lassen. Bei der Betrachtung der Zunahme der selbständigen Existenzen im Handel darf aber schon jetzt ohne weiteres angenommen werden, daß es sich zur Zeit der Betriebs- und Berufszählung noch in starkem Maße um die Nachwirkungen der Inflation handelt. Denn gerade in jener Zeit schossen die kleinen Handelsbetriebe wie Pilze aus der Erde. Auch die große Arbeitslosigkeit des Jahres 1924 ließ den Klein- und Hausierhandel manchem noch als rettenden Hafen erscheinen, der auch von anderen durch die plötzliche Stabilisierung ruinierten Existenzen aufgesucht wurde. Gerade für diese Gruppe zeigt sich am stärksten, wie ungünstig der Termin von Juni 1925 für eine Betriebs- und Berufszählung objektiv liegt. Erst nach dieser Zählung wurde in der großen Wirtschaftskrise mit der fortschreitenden Konzentration und Rationalisierung unter den kleinen Existenzen im Handel wieder sehr stark aufgeräumt. Auf der Gautagung des Reichsverbandes der Wandergewerbetreibenden, die im Oktober 1926 in Frankfurt a. d. O. stattfand, berichtete die Leitung dieses Reichsverbandes, daß im abgelaufenen Geschäftsjahr, also 1925/26, etwa 30 000 bis 40 000 Wandergewerbetreibende ihr Unternehmen aufgegeben hätten. Diese Angabe wurde damit begründet, daß nach einer Umfrage bei den zuständigen Stellen sich ergeben hätte, daß in dem erwähnten Berichtsjahre über 30 000 Wandergewerbescheine weniger ausgestellt seien als im Jahre vorher. Diese Angaben und die Konkursstatistik beweisen durchschlagend, daß das Ergebnis der Berufszählung vom Juni 1925 über die „beträchtliche Zunahme der selbständigen Existenzen in Handel und Verkehr“ nicht mehr als reale Grundlage für wirtschaftliche, soziale und politische Schlüsse angesehen werden darf.

Nächst der Zunahme der Bevölkerung sowie dem noch stärker anwachsenden Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerungszahl und der Entwicklung der Zahl der selbständigen Existenzen interessiert sicherlich am meisten die Veränderung, die sich im Verhältnis der gewerblichen Arbeiter zu den übrigen Bevölkerungsschichten und Berufsgruppen vollzogen hat. Obwohl seit 1870 alle Zählungen in steigendem Maße die Industrialisierung Deutschlands aufzeigten, war doch bis zu der Zählung von 1907 die Zahl der gewerblichen und industriellen Arbeiter, die in der Statistik zusammengefaßt sind, noch erheblich hinter der landwirtschaftlichen Bevölkerung zurückgeblieben. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen, bei denen Industriereviere, wie Rheinland, West-

falen noch fehlen, kann aber festgestellt werden, daß mit der Berufszählung vom Juni 1925 das Uebergewicht der gewerblichen und industriellen Arbeiter über die einzelnen sonst erwerbstätigen Schichten zahlenmäßig festzustellen ist. Ohne Einrechnung der Angestellten, der Beamten, der Landarbeiter, sowie des gesamten Personals in Handel und Verkehr und der Berufslosen (Invaliden, Anstaltsinsassen, Rentner usw.) ist in den bisherigen Berichtsgebieten die Zahl der gewerblichen und industriellen Arbeiter durchschnittlich höher als die der landwirtschaftlichen Berufstätigen. Da nun den gewerblichen und industriellen Arbeitern ohne weiteres für jede soziale und politische Auswertung auch die gesamten Verkehrs- und Handelshilfsarbeiter selbstverständlich zugerechnet werden müssen, so tritt die führende Rolle, die ausschlaggebende Bedeutung des Proletariats jetzt auch zahlenmäßig und rein statistisch gesehen, immer klarer zutage. Für die rein wirtschaftliche Betrachtung ist allerdings zu bedenken, daß bei der Berufszählung 1925 die Erwerbslosen, soweit sie nicht schon infolge überlanger Arbeitslosigkeit als endgültig aus ihrem Berufe ausgeschieden, also als Armenunterstützungsempfänger zu betrachten waren, noch als Vollarbeiter bei ihrem Beruf statistisch miteingerechnet worden sind. Wie wir aber schon feststellten, ist die Erwerbslosenzahl des Juni 1925 die weitest niedrigste der ganzen letzten vier Jahre, so daß die Einrechnung der Erwerbslosen in die Berufstätigen gerade in diesem Zählungsmonat als wirtschaftlich relativ unbedeutend angesehen werden muß.

Die Zunahme der gewerblich und industriell tätigen Arbeiter gegenüber der Zählung von 1907 schwankt in den bisherigen Berichtsgebieten zwischen 20 bis 25 Prozent. Leider sind die Bewegungen, die diese Zahl in der ganzen Berichtszeit von 1907 bis 1925 gemacht hat, aus der jetzigen Berufszählung nicht zu erkennen. Aus anderen statistischen Arbeiten ergibt sich aber, daß das Anwachsen dieser Schicht in den Jahren 1920 bis Anfang 1925 ein besonders starkes war. 1925 trat ein langsamer Abstieg ein, der sich 1926 beschleunigte. Diese Ausstoßung von Arbeitskräften aus dem Produktionsprozeß, die während der Krise durch die Rationalisierung vor sich ging, ist, wie so viele andere Erscheinungen, durch die Berufszählung von 1925 nicht erfaßt. Auch aus anderen Statistiken läßt sich ein Prozentverhältnis noch nicht feststellen. Ebensowenig kann man sagen, wohin die Ausgestoßenen abgewandert sind. Festzustellen ist nur, daß sich die Zahl der Berufslosen, der Unterstützungsempfänger, ständig weiter vermehrt.

Wenn mit dem Ergebnis der starken Zunahme der gewerblichen und industriellen Arbeiter die Feststellung verbunden war, daß ihre Zahl die der erwerbstätigen landwirtschaftlichen Bevölkerung 1925 überschritten hat, so darf neben der damit statistisch erwiesenen führenden und ausschlaggebenden Rolle des eigentlichen Proletariats doch keineswegs die Bedeutung der landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung unterschätzt werden. Wenn diese an Zahl der gewerblichen und industriellen Arbeiterschaft im Jahre 1925 noch immer fast gleichkommt, so müssen wir zugestehen, daß wir dieser überaus starken Schicht in unserer politischen Arbeit bei weitem nicht die ihr tatsächlich zukommende Bedeutung beigemessen haben. Die Wucht der Zahl wird manchen, der sich bisher noch mit Zweifeln plagte, zu einer klaren Ueberzeugung und zu rascheren Schlüssen zwingen.

In der Landwirtschaft ist neben dem schon mitgeteilten Rückgang in der Zahl der Selbständigen (insbesondere in den süddeutschen Bauerngebieten) die auffälligste Erscheinung der allgemeine Rückgang der Zahl der Landarbeiter. Ostpreußen berichtet zunächst allein über einen Rückgang der Landarbeiterzahl von 7,7 Prozent gegenüber 1907. Erstaunlicherweise ist aber dieser Rückgang auch wiederum in den Bauernländern, wie Württemberg, Hessen und Baden, weitaus am größten und prozentual etwa doppelt so groß wie in Ostpreußen. Außerdem ist auffällig, daß die weiblichen Arbeitskräfte an dem Rückgang der Landarbeiterzahl verhältnismäßig stärker beteiligt sind. In den bisherigen Berichtsgebieten, die, wie schon gesagt, die Hälfte des gesamten Reichsgebietes umfassen, hat die Zahl der männlichen Landarbeiter gegenüber 1907 um rund 78 900 oder etwa 10 Prozent, die der weiblichen um rund 78 600 oder 15 Prozent abgenommen. Die Frage, wohin diese Schichten geflutet sind, wird generell dahin beantwortet, daß sie vorwiegend in die Industrie und in die Großstädte abwandern. Der Krieg hat in dieser Hinsicht in manchen Gegenden, was leicht begreiflich ist, direkt revolutionierend gewirkt. Außerdem ist ein erheblicher Rückgang der früher sehr starken Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in der deutschen Landwirtschaft zu verzeichnen. Als Ursachen des Rückganges sei nur angedeutet die stärkere Mechanisierung der Landwirtschaft, die allgemeine Intensivierung der Arbeitsleistung sowie die Verschlechterung der Lage der Klein- und Mittelbauern, die immer weniger fremde Arbeitskraft verwenden können und um so stärker ihre Familienangehörigen ausnutzen müssen. Der letztere Umstand, der als allgemeine Feststellung in Württemberg und Baden schon seit Jahren verzeichnet wurde, ist durch die Statistik über den besonders starken Rückgang der Landarbeiterziffer in diesen Gebieten nunmehr zahlenmäßig erwiesen.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung nimmt bekanntlich in Deutschland ständig ab. Das gilt nach den Zählungen vom 16. Juni 1925 nicht nur relativ, sondern nach den bisher vorliegenden Ergebnissen auch für die absolute Zahl. Um so interessanter ist das Anwachsen der hauptberuflich Erwerbstätigen in der Landwirtschaft gegenüber 1907. Diese Zunahme vollzog sich rein auf Kosten der früher nur nebenberuflich Erwerbstätigen. Aus der großen Zahl der nur gelegentlich, also nebenberuflich mithelfenden Familienangehörigen sind in der Berichtsperiode erhebliche Massen zu Vollberufstätigen geworden. Die Gruppe der vollberuflich mithelfenden Familienangehörigen, die als volle Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß eingereicht sind, ist ganz außerordentlich angewachsen. Durchschnittlich entfallen auf jeden Selbständigen in der Landwirtschaft nach 1925 mehr als zwei mithelfende vollbeschäftigte Familienangehörige. Sie mußten auch die ausfallenden Landarbeiter in allen Fällen ersetzen. Die Steigerung der Zahl der mithelfenden Familienangehörigen ist natürlich bei den weiblichen mit 44 Prozent gegenüber 1907 erheblich stärker wie bei den männlichen, wo sie 31 Prozent ausmacht. Die Frauen sind in so starkem Maße in die landwirtschaftliche Arbeit einbezogen, daß sie, abgesehen von den überwiegend großagrarisches Gebieten, wie Ostpreußen und Mecklenburg, in fast allen anderen Ländern in gleichem Umfang erwerbstätig sind wie die Männer. Danach ist also in den

meisten Gebieten mehr als die Hälfte der weiblichen landwirtschaftlichen Bevölkerung jetzt bereits hauptberuflich tätig. In der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung sind, wie vergleichsweise festgestellt werden kann, nach Angabe des Reichsstatistischen Amtes im Höchsthalle 35 Prozent der weiblichen Bevölkerung jetzt berufstätig. Ergänzend sei noch bemerkt, daß die Erwerbstätigenziffer der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung in den Berichtsgebieten zwischen 57 und 70 Prozent schwankt, während der Anteil der Erwerbstätigen bei der landwirtschaftlichen Bevölkerung infolge stärkerer Heranziehung der Kinder, Jugendlichen und Frauen in den Berichtsgebieten zwischen 66 und 76 Prozent liegt. Daraus ergibt sich die Richtigkeit der allgemein bekannten Tatsache, daß sich die Drohnen der Gesellschaft, die Nutznießer und Nichtsteuer, aber leider auch das Heer der Ausgestoßenen, der berufslosen Unterstützungsempfänger in den Industriegebieten und Stadtgebieten stärker sammelt als in den Landgebieten.

Das stärkste Wachstum von allen Schichten der Werkstätigen weisen die Angestellten auf. Die Zahl der Angestellten hat sich nämlich gegenüber 1907 verdoppelt und verdreifacht. Am stärksten war das Wachstum der Angestelltengruppe naturgemäß in Handel und Industrie. Aus einzelnen Berichtsgebieten wird von einer Verzehnfachung der Zahl der weiblichen Angestellten gegenüber 1907 berichtet. In diesen Gegenden war die Zahl der Angestellten absolut genommen im Jahre 1907 noch sehr gering. Mit der bis jetzt sprunghaften Steigerung ihrer Zahl ist überall der Anteil der Angestellten und Beamten in der Gesamtzahl der Erwerbstätigen so verstärkt worden, daß sie fast in allen Gebieten, abgesehen von den rein ländlichen, weitaus die Selbständigen an Zahl überholt haben. In den großen Handelsstädten folgt die Zahl der Angestellten und Beamten gleich hinter derjenigen der gewerblichen Arbeiterschaft. In Hamburg entfallen z. B. auf 100 Erwerbstätige 42 Arbeiter und 31 Angestellte bei 16 Selbständigen usw. Das ist allerdings der Höchstanteil, den die Angestellten in irgendeinem Gebiet Deutschlands erreichen. In den anderen Bezirken kann mit einem Durchschnitt von mindestens 20 Prozent gerechnet werden. Hierbei sei vermerkt, daß die Zahl der Selbständigen in allen Berichtsgebieten ziemlich einheitlich zwischen 15 bis 20 Prozent der Erwerbstätigen liegt, wobei wir nochmals auf die verwirrende Anwendung des Begriffes der Selbständigen in dieser Statistik hinweisen. Wie schon vermerkt, hat sich die Zahl der weiblichen Angestellten besonders stark vervielfacht. Dadurch hat sich das zahlenmäßige Verhältnis innerhalb der Schicht der Angestellten und Beamten sehr stark zugunsten der Frauen geändert. Der Anteil der Frauen an der Zahl der Angestellten, der in der Industrie in den Berichtsgebieten 1907 etwa rund 10 Prozent ausmachte, ist auf rund 25 Prozent gestiegen, im Handel gleichzeitig von etwa 13 auf 38 Prozent. Wenn das auch noch sehr vorläufige Ziffern sind, so geben sie doch ein ungefähres Bild der Relation, das wir bei unserer Arbeit beachten müssen. Im ganzen genommen, hat die Schicht der Angestellten und Beamten nach den Ergebnissen der Berufszählung von 1925 eine Bedeutung erlangt, nach der sie in Wirtschaft und Politik unbedingt mehr als bisher als einer der wesentlich mit entscheidenden Faktoren gewertet werden müssen. Und das ist um so mehr zu beachten, als sich die Massen der Angestellten und Beamten in den Großstädten und Industriegebieten

außerordentlich mehr konzentriert, als das bei den gewerblichen Arbeitern der Fall ist. Außerdem verzettelt sich ihre Zahl nicht so sehr wie bei der Arbeiterschaft auf eine Unzahl von Kleinbetrieben. Angestellte und Beamte sind vielmehr ein ausgesprochener Bestandteil der Großbetriebs-Belegschaften, was noch bei der Betriebszählung im einzelnen nachzuweisen sein wird, und in einigen Sonderfällen, wie z. B. bei der Eisenbahn, in jeder Hinsicht von größter Wichtigkeit ist.

Eine besondere Rubrik in der Statistik bilden die sogenannten berufslosen Selbständigen. Zu ihnen zählen vor allem die Unterstützungsempfänger aller Art, die Pensionäre, die Rentner sowie die Anstaltsinsassen der verschiedensten Art. Die Erwerbslosen sind hier nicht eingerechnet, sondern zählen, wie nochmals bemerkt sei, in der Statistik immer bei ihren bisherigen Berufen mit. Die Zahl der berufslosen Selbständigen, die in ihrer großen Masse Unterstützungsempfänger und Anstaltsinsassen aller Art sind, haben sich gegenüber 1907 um rund ein Viertel vermehrt. Sie macht in den Berichtsgebieten jetzt schon etwa 7 Prozent der Bevölkerung aus. Dabei ist zu beachten, daß es sich bei ihnen fast nur um Erwachsene handelt, so daß bei einer Umrechnung auf die erwachsene Bevölkerung von dieser etwa 13 bis 14 Prozent zu den sogenannten Berufslosen, zu den Ausgestoßenen, den Allerelendsten gehören. Rechnet man den selbständigen Berufslosen ihre Angehörigen zu, so ergibt sich gegenüber 1907 ein Anwachsen von etwa 7 auf 10 Prozent der Gesamtbevölkerung.

Die vorläufigen Ergebnisse der Berufszählung zeigen damit trotz aller Lückenhaftigkeit in nüchternem Zahlenmaterial klar und scharf die Linien der kapitalistischen Entwicklung, die Marx und Engels schon vorausgesehen haben. In der Kriegs- und Nachkriegszeit ist das Heer der Lohnsklaven, der Ausgebeuteten bis an die äußersten Grenzen erweitert. Nicht mehr wie früher ist nur der „Ernährer“ arbeitspflichtig, sondern neben ihm die gesamte Familie. Die ganze Jugend und die Masse der Frauen sind in den Produktionsprozeß einbezogen, während andererseits die Zahl der Ausgestoßenen, der Verelendeten, der Invaliden immer stärker anschwillt.

Die gewerbliche und industrielle Arbeiterschaft bildet in Deutschland immer mehr und unbestritten den Hauptteil der Bevölkerung. Aber bei seiner ausschlaggebenden Bedeutung hat das Industrieproletariat neben sich weiterhin mit einer fast gleich starken landwirtschaftlichen Bevölkerung zu rechnen, in deren Reihen eine verstärkte Ausnutzung der bäuerlichen Familien das soziale Kennzeichen der Entwicklung der letzten Jahre ist. In den Städten geht umgekehrt die wirtschaftliche Bedeutung des selbständigen, gewerblichen Mittelstandes ständig weiter zurück. Hier macht sich eine wachsende Verelendung breit, die schon einer Proletarisierung der breiten werktätigen Mittelschichten gleichkommt. Es wächst aber als neuer Faktor in den Industrie- und Stadtgebieten die Schicht der Angestellten und Beamten ständig an Umfang und Bedeutung.

ABSCHIEDSBRIEFE DER ZUM TODE VERURTEILTEN LITAUISCHEN KOMMUNISTEN

I.

Briefe des Genossen Karl Poschela

Genossen! Laut Beschluß des Feldgerichts vom 24. Dezember 1926 sind wir, Karl Poschela, Josef Greifenberger, Kasis Giedris und Rafael Tschorny, zum Tode verurteilt. Aus dem Verlauf der Gerichtsverhandlung ging hervor, daß die Regierung entschlossen war, uns ohne Rücksicht, auf was es auch sei, zu vernichten. Allen gesetzlichen Bestimmungen zum Trotz wurden wir wegen Handlungen angeklagt, die durch das Amnestiegesetz gelöscht sind. Die ganze Anklage ist eine offene Provokation — wir sollen zu Weihnachten oder Neujahr einen Aufstand vorbereitet haben. Als Zeugen, die jedoch nur mangelhaft zu provozieren verstanden, fungierten die Geheimagenten der Ochrana Labanauskas, Norwaischa, Schawinis, Tamaschaskas u. a. Wir haben vor Gericht den provokatorischen Charakter aller ihrer Aussagen, besonders was den angeblich zu Weihnachten organisierten Aufstand betrifft, nachgewiesen. Was den Kampf gegen die Unabhängigkeit anbetrifft, so verwiesen wir darauf, daß wir aus ganzer Kraft gerade gegen diejenigen ankämpften, die Litauen an die polnischen Imperialisten verkaufen wollten. Doch diese unsere Reden waren überflüssig, da das Urteil augenscheinlich schon im voraus gesprochen war. Als das Gericht das Urteil verkündete und uns vorschlug, sofort Begnadigungsgesuche an den Präsidenten der Republik einzureichen, beschlossen wir, solche Gesuche nicht zu schreiben, wohl aber Erklärungen, in denen wir die Ueberweisung unserer Prozesse an ein ordentliches Kriegsgericht oder an den Obersten Gerichtshof verlangten, da die gegen uns erhobenen Anklagen sich auf Handlungen beziehen, für die wir laut den litauischen Gesetzen nicht mehr unter Anklage gestellt werden durften. Ich glaube aber, daß diese Erklärungen bedeutungslos sein werden, da die Gerichtskomödie als solche schon zeigt, daß das Urteil schon lange feststand.

Alle haben das Urteil ruhig hingenommen und gehen mutig und ruhig dem Tode entgegen. Von den anderen nicht zu reden, hält sich Tschorny ausgezeichnet*. Unsere Erklärungen mit der Appellation an andere Gerichtsinstanzen vergleichen wir mit ähnlichen Beschwerden, die in unteren Gerichtsinstanzen erhoben werden. Dies war der einzige Grund unserer Eingabe

Wir senden allen Genossen unsere Wünsche, zu arbeiten und zu siegen.
25. Dezember 1926.

II.

Einige Worte an die Genossen

Genossen! Ich habe gearbeitet soviel ich konnte, ich sterbe für unsere gemeinsame Sache. Ich wünsche Euch zu arbeiten, zu arbeiten, zu kämpfen bis zum Sieg.

Karl

(Kein Datum, der Brief ist augenscheinlich unmittelbar vor der Hinrichtung geschrieben.)

* Anmerkung der Redaktion: Genosse Tschorny war Mitglied des KJV.

III.

Brief des Genossen Josef Greifenberger

Liebe Freundin! Es ist schon zwei Uhr. Immer weniger Hoffnung, Dich zu sehen, um Dich zu trösten. Dir fällt es ja viel schwerer als mir, dies alles zu ertragen und nicht nur Dir allein. Würde die herrschende Bourgeoisie mit meinem Blute und dem Blute meiner drei Genossen gesättigt sein, so wäre es nicht so schlimm. Doch es ist nur der Anfang. Nicht nur in Kowno, sondern auch in anderen Städten sind die Gefängnisse überfüllt. Unsere Gerichtskomödie kann sich auch in anderen Städten wiederholen. Durch die Verhaftung aller aktiven Mitarbeiter werden die Organisationen der Arbeiterklasse zerstört und erst nach Vernichtung dieser Organisationen der Arbeiterklasse wird das entkräftete und führerlose Proletariat das ganze Elend seiner Lage verstehen. Alle, wenn auch nur unbedeutenden Verbesserungen, die in den letzten Monaten erreicht worden sind, werden von der Bourgeoisie zurückgezogen werden. Der wirtschaftliche Druck wird eine ungläubliche Steigerung erfahren. Das entsetzliche Elend der Arbeitslosen, die Nöte des Winters, die Wohnungsnot, die Steuerlast — die herrschenden Parteien werden dies alles nicht nur nicht lösen, sondern sie werden nicht einmal den Willen zu einer Lösung dieser Fragen zugunsten der Werktätigen zeigen. Und dies alles nur dank dem schmählichen Verrat der herrschenden kleinbürgerlichen Parteien, der Volksparteiler und Sozialdemokraten! In diesem tragischen Ausgang tritt das kleinbürgerliche Wesen dieser Parteien am deutlichsten zutage. Die Ereignisse der letzten, dem Staatsstreich vorausgehenden Tage beweisen am besten, daß die kleinbürgerlichen Parteien unverbesserlich sind. Sie wurden mehrfach auf die nahende Gefahr aufmerksam gemacht. Jedem schlichten Arbeiter war sie klar, nur die Spitzen der Sozialdemokratie wollten sie nicht sehen.

Das Drama des Kleinbürgers besteht auch darin, daß er sich als Macht fühlt, obwohl er gar keinen Grund dazu hat. Die Leichtigkeit, mit der sie gestürzt wurden, bestätigt dies.

Um die kommende Reaktion zu beruhigen, verfolgten sie die linken Arbeiter und ihre Organisationen, besonders in Ponywesch. Sie schwatzten über „Demokratie“ und ebneten dadurch der großkapitalistischen Reaktion den Weg, der Reaktion der bürgerlichen Diktatur. Und man muß sagen: daß es jetzt ganz klar ist, daß die Spitzen dieser Parteien, die Slaschewitsch und Kairis, mit dem Geschehenen zufrieden sind. Um die Werktätigen zu befriedigen, hätten sie mit den kapitalistischen Kreisen brechen, auf sie einen Druck ausüben müssen, doch als Führer des Kleinbürgertums konnten sie das ihrem Wesen nach nicht tun. Daraus erklärt sich ihr schmählicher Verrat. Sie haben nicht nur keinerlei Verteidigungsmaßnahmen ergriffen, sie haben auf jede Weise dabei geholfen, der mit Füßen getretenen, vergewaltigten Verfassung die Unschuld wiederzugeben. Doch wie in der Medizin so auch in der Politik, ist dies unmöglich. Die Massen glauben noch, sie haben die demokratischen Illusionen, die sie an Händen und Füßen fesseln, noch nicht überwunden. Doch diese schwere Lektion werden sie nicht umsonst empfangen haben. Die Werktätigen werden den verätherischen Kern der kleinbürgerlichen Lehre und ihrer Parteien begreifen,

werden sich von ihrem Einfluß befreien und sich dadurch den Weg zur endgültigen Befreiung vom Joch des Kapitalismus erleichtern.

27. Dezember, 2 Uhr morgens.

(Am 27. Dezember, morgens um 5 Uhr, wurden sie erschossen.)

IV.

Brief von Kasis Giedris

Liebe Genossen! Heute schreibe ich Euch, liebe Genossen, mein letztes Wort. Ich habe meinen Weg des Kampfes um das Recht und die Interessen der Werktätigen beendet. Am 24. Dezember 1926 verurteilte mich das Feldgericht zum Tode und heute wird das Urteil vollzogen. Doch ich sterbe in der festen Hoffnung, daß dieser Kampf weitergehen wird, bis der Sieg erkämpft ist. Ich habe nichts zu bereuen, nur das eine vielleicht, daß ich sehr wenig getan habe, daß es Stunden gegeben hat, die ich nicht verstanden habe mit Arbeit zu erfüllen. Daher wünsche ich Euch nur das eine: möge es bei Euch keine Stunden ohne Arbeit geben. Kämpft und siegt! Die Flintenläufe sind auf mich gerichtet, doch bleiben meine Schritte mutig und fest. Bleibt auch Ihr mutig und fest, Genossen!

26. Dezember 1926.

K. Giedris

Zuchthausgefängnis zu Kowno.

V.

Gefängnisaufzeichnungen des Genossen Tschorny vor seiner Erschießung am 25. Dezember 1926

.... „Die Nacht nach dem Todesurteil verbrachte ich in völlig ruhigem Schlaf; mir träumte, ich wäre glücklich aus dem Gefängnis ausgerissen.

6 Uhr morgens. Ich bin vollkommen ruhig, habe guten Appetit.

8 Uhr morgens. Meinen Dank und meine Sympathie jenen meiner Bekannten, die meinerwegen im Zusammenhange mit meinem Tode leiden werden ... Ich habe keinerlei Hoffnung mehr, am Leben zu bleiben.

8½ Uhr. Es tut mir furchtbar weh, daß meine Eltern meinerwegen leiden werden. ... Ich möchte sie gerne materiell unterstützen, bin aber leider dazu gänzlich außerstande. Das einzige, was ich ihnen vermachen kann, sind die Sachen, die ich trage. Mir ist es völlig gleichgültig, was ich nach dem Tode anhaben werde. Ich schreibe diese Worte und empfinde nicht die leiseste innere Unruhe, ja, es zittert mir nicht einmal die Hand, denn ich weiß, daß ich für eine große Sache sterbe, für die die besten und die weisesten Menschen der Gesellschaft ihr Leben hingeben. Damit beanspruche ich aber keinesfalls, mit ihnen auf eine Stufe gestellt zu werden. Mir fehlt noch allzuviel, um mich mit ihnen vergleichen zu können. Aber ich war bestrebt, ihnen mit Hilfe des Studiums und der Arbeit für die Gemeinschaft nachzueifern.

9 Uhr. Ich bespreche zusammen mit meinen zwei Zellengenossen (Greifenberger, der zum Tode verurteilt ist, und Schalyga, der 8 Jahre bekommen hat) die letzten Vorgänge im Lande.

10 Uhr. Wir liegen ruhig auf den Pritschen und jeder ist mit seinen Gedanken beschäftigt. Ich bin neugierig, den Beschluß des Präsidenten zu erfahren, obwohl ich persönlich überzeugt bin, daß er das Urteil des Feldgerichtes sanktionieren wird. Bis zur Vollstreckung des Urteils werden

aber einige Tage vergehen, wahrscheinlich wird es nicht vor Sonntag, den 26. Dezember, 5 Uhr morgens, vollstreckt werden. Man wird uns hier solange festhalten, bis die Entscheidung des Präsidenten über unser Gesuch um Revision des Urteils und Ueberweisung an ein anderes Gericht gefallen ist.

Bis 8 Uhr abends haben wir uns über alle möglichen Dinge unterhalten. Wir haben etwas geschlafen. Von 8 Uhr abends ab beginnen wir, uns mit den Nachbarzellen durch Klopfen zu verständigen, beherrschen aber die Klopfzeichen nicht, so daß nichts dabei herauskam. Um 9 Uhr abends hatten wir eine Methode gefunden, um uns mit der Nachbarzelle zu verständigen.

10 Uhr. Wir legen uns schlafen. Die ganze Nacht träumte Schalyga von unserem Prozeß und redete im Traume. Mitten in der Nacht vernahm ich, wie irgend etwas gegen unsere Türe schlug und nahm an, daß man jetzt kommt, um uns die Entscheidung des Präsidenten mitzuteilen. Ich wollte schon aufstehen, um Abschiedsbriefe an meine Freunde und Bekannten zu schreiben und mich auf den letzten Augenblick vorzubereiten. Als ich mich aber davon überzeugte, daß man nicht zu uns kommt, legte ich mich wieder hin und schlief ruhig bis zum Morgen.

Am 26. Dezember, um 6 Uhr morgens, erhoben wir uns alle munter von den Pritschen und machten uns noch lustig über die Träume des Genossen Schalyga, wobei wir uns mit der benachbarten Zelle auf die gleiche Weise unterhielten wie am Abend vorher. . . . Wir erfuhren, daß unsere Genossen, die im unteren Stockwerk sitzen, als Protest gegen das über uns verhängte Todesurteil in den Hungerstreik getreten sind. Sie hungern seit gestern. Uns will es nicht so leicht fallen, in den Hungerstreik zu treten. . .

8 Uhr morgens. Wir warten darauf, daß sich Poschela zum Gefängnisvorsteher begibt und fordert, daß wir alle sechs in einer Zelle untergebracht werden, um die letzten Minuten unseres Lebens gemeinsam verbringen zu können. Die Genossen haben uns Aepfel und Marmelade geschickt.

10½ Uhr. Ein Nachbar teilt uns mit, daß Kalenda erschossen worden sei. Das will uns absolut nicht in den Sinn. Wir halten das für eines der vielen unbegründeten Gerüchte, die in diesen Tagen sehr häufig im Gefängnis in Umlauf gesetzt wurden. Inzwischen drängt es uns überaus, dieses Gerücht nachzuprüfen, ehe noch „sie“ uns erledigt haben. Wer weiß, wie vielen Genossen ein ähnliches Schicksal harret wie das unsere. Es ist erstaunlich, wie blutgierig unsere Bourgeoisie ist. Den Rest des Tages haben wir in der üblichen Weise verbracht, wie jeder Gefangene eben die Zeit im Gefängnis zubringt. Wir lesen uns aus Tolstois „Krieg und Frieden“ laut vor.

9 Uhr abends. Wir versuchen, mit einem Nachbarn in der Nebenzelle durch Klopfzeichen in Verbindung zu treten, wobei wiederum nichts herauskommt, weil wir das Klopfalphabet nicht kennen.

Am Tage wurde uns bekannt, daß man draußen bereits Kenntnis von unserem Urteil hat. Das freute uns überaus. Wir hoffen, daß man dort alles in Bewegung setzen wird, um uns zu retten. Gleichzeitig aber bereiten wir uns auch vor auf die Reise „in die andere Welt“

An dieser Stelle brechen die Aufzeichnungen ab

GENTENAAR: „DIE REFORM DES REFORMISMUS“*

Vor einigen Jahren veröffentlichte der alte Vandervelde ein kleines Bändchen mit dem Titel: „Müssen wir unser Programm ändern?“ Gegenwärtig lassen zwei Leutnants der amtierenden sozialistischen Minister ein Buch erscheinen und stellen an dessen Spitze, gewissermaßen als Antwort auf die von Vandervelde gestellte Frage, ein kurzes „Ja — im Namen der jungen Generation der Arbeiterpartei Belgiens“.

Daß man uns nicht mißverstehe: wenn unsere Autoren mit Vandervelde das „Programm“ ändern wollen, so denken sie doch kaum daran, sich mit der „Doktrin“ zu befassen, die ihnen die geringste Sorge bereitet. Ihre Absicht ist nicht, sich in talmudistische (sic!) Diskussionen über die Werttheorie einzulassen oder zum reinen Marxismus zurückzukehren... und ebensowenig beabsichtigen sie, sich „auf einen beschränkten Revisionismus zurückzuziehen“.** Ihr Revisionismus muß breiter sein. Seine Grundlage sind folgende Feststellungen: „seit dem Krieg haben sich die sozialistischen Parteien von Zentral- und Westeuropa auf dem Gebiet der Theorie von Ueberresten genährt“ (S. 107).

Alle Theoretiker außerhalb Rußlands waren in Anspruch genommen von der vollständig negativen Aufgabe des Kampfes gegen die leninistischen Doktrinen... Dazu kommt, daß selbst, wenn einige Führer die Muße (sic!) gehabt hätten, sie sehr wahrscheinlich doch nicht dazu gekommen wären, eine Theorie zu formulieren, die annehmbar gewesen wäre für eine Zeit des Umsturzes, der Ungewißheit und konstanten Unbeständigkeit. (S. 108.) Mit anderen Worten, die sozialdemokratischen „Theoretiker“ haben beim „Umsturz“ den Kopf verloren; der Umsturz hat „diejenigen, welche vielleicht versucht waren, nicht veröffentlichte theoretische Formeln aufzustellen“, nur „immer vorsichtiger und kleinmütiger“ gemacht (S. 109/110). Und schließlich bildeten „die beständige oder teilweise unterbrochene Mitarbeit der Sozialisten an den Regierungen“, „die Angst, man könnte die Durchführung des Minimalprogramms, das die Bourgeoisie mit dem Proletariat vereinigt, gefährden“, endlich das Einströmen von „Elementen ganz anderen Ursprungs“ in die sozialistischen Parteien ebenso viele Hindernisse „für die Aufstellung einer Theorie“ (S. 112). Hauptsächlich, weil die Ereignisse „durchaus nicht nach den bequemen Formeln, die Karl Marx aufgestellt hatte, vor sich gingen“ (S. 113). Es ist erstaunlich, daß nach alledem unsere zwei „Reformatoren des Reformismus“ auf jeden Versuch verzichten, „eine Theorie zu formulieren und sich damit begnügen, den Totenschein für jede Theorie auszustellen, d. h. den Totenschein für jeden Grundsatz in der sozialistischen Partei.

Sie sind in dieser Hinsicht einverstanden mit ihrem Vorgänger Henri de Man, dem Verfasser des berüchtigten marxtöterischen Buches über die „Psychologie des Sozialismus“, der auf einem Kongreß, der im März 1926 stattfand, das folgende Bild vom gegenwärtigen Zustand der sozialdemokratischen Parteien entwarf: „Heute wird die sozialistische Bewegung alt. Wir waren eine Bewegung von Jünglingen, jetzt sind wir eine Bewegung von Familienvätern. Wir kriegen einen Bauch. Das Gewicht dieses Bauches drückt nicht nur auf die Muskulatur, es drückt auch auf die Seele. Man wird gesetzt, man verliert Illusionen, man spricht gern von seiner Verantwortlichkeit, man wird Opportunist, man schüttet Wasser in seinen Wein.“

Jedoch, wenn man sich auch jeder theoretischen Würde entledigt hat, so ist man doch noch nicht den Sorgen entronnen. Das Leben, selbst das Leben der Opportunisten, ist nicht ein Roman; die hohlen Bäuche der Arbeiter fordern besonders im Moment der Krise manchmal auf etwas brutale Art Rechenschaft von den Führern, die sich einen Bauch zugelegt haben. Der Zweifel beginnt die verfaulte Seele der Männer zu foltern, welche sich jedes Glaubens entledigt und sich in ein zügelloses politisches Lumpentum

* Vienne und A. Wauters: Die Reform des Reformismus? Brüssel, 1926. 165 Seiten.

** Einer der Autoren, Arthur Wauters, veröffentlichte 1924 ein „Werk, das von der kgl. Akademie von Belgien gekrönt wurde“ über „die Evolution des Marxismus“, ein verworrenes, pretentioses Büchlein, das vollgepfropft ist von tatsächlichen Unwahrheiten und simplem Stumpfsinn.

gestürzt hatten. Daher kommen die Wünsche, den „Reformismus zu reformieren“, daher das Unbehagen, die Unruhe, die Verwirrung, die Verlegenheit, von der das Buch unserer Helden Zeugnis ablegt.

Der größte Teil des Buches ist der „Bilanz des Reformismus“ gewidmet. Nachdem sie wirklich eindrucksvolle Zahlen über die zahlenmäßige Stärke der Belgischen Arbeiterpartei und der reformistischen Gewerkschaften nach dem Kriege gegeben haben, zeichnen die Verfasser die Geschichte der verschiedenen Regierungen, die in Belgien seit 1918 aufeinander folgten; an allen diesen Regierungen, mit Ausnahme einer einzigen, haben sich die Sozialisten beteiligt. „Spricht diese wiederholte Mitarbeit der belgischen Sozialisten an den bürgerlichen Regierungen für oder gegen die Beteiligung?“ Auf diese Frage wird geantwortet, daß „die Erfahrungen, die wir gemacht haben, in verschiedener Hinsicht unerfreulich sind“ (S. 76). Es ist richtig, daß man etwas erhalten hat, dank „dem persönlichen Wert“ der sozialistischen Minister, „die von den Umständen begünstigt waren“. Jedenfalls „ist es gewiß, daß verschiedene unserer Forderungen ohne die ministerielle Kollaboration große Kämpfe ausgelöst hätten“. Aber andererseits war man moralisch zur Mitarbeit gezwungen, da die Situation des Landes „jeden guten Willen“ erheischte. Es ist richtig, daß in einem bestimmten Augenblick, im Oktober 1921, die Bourgeoisie die sozialistischen Minister ausschiffte, als sie ihrer nicht mehr bedurfte. Das verleitet unsere Autoren zu der geistreichen Bemerkung: „dies beweist nach unserer Meinung, daß es Augenblicke gibt, wo die Zusammenarbeit unserer Partei mit einer bürgerlichen Regierung vollständig unmöglich ist oder unmöglich wird“ (S. 78). Das beweist nach meiner Meinung, daß ein Zusammenarbeiten mit meinem Meister unmöglich ist oder unmöglich wird, sagt der Lakai, wenn er, mit einem Fußtritt vor die Türe gesetzt, sich den Hintern reibt.

Es gibt also in der belgischen Arbeiterpartei Leute, die nach dem Zeugnis der Herren Vienne und Wauters „bereit sind, immer mitzuarbeiten für die Zukunft“ und „das beunruhigt uns ganz besonders“ (S. 80). Unsere Verfasser dagegen, wie wir schon bemerkt haben, zeichnen sich dadurch aus, daß sie bereit sind, nur fast immer mitzuarbeiten, d. h. mit Ausnahme des Falles, wo man von ihnen nichts mehr wissen will. Sie fürchten vor allem, „daß wir nicht mehr viel zu erwarten haben von einer Beteiligung an Regierungen, in denen die Konservativen sitzen“ (S. 82). „Eine Tatsache“ hat sie „überrascht“: Die Regierung Poulet (Demokraten plus Christlich-Soziale, Juni 1925 bis Mai 1926), die „gezwungenermaßen sich, wenn die Umstände nicht gegen sie gewesen wären, auf den Weg der breitesten Demokratie eingestellt hätte“, sah „die wirtschaftlichen Mächte des Landes — Großbank und Schwerindustrie — sich gegen sie wenden, wobei sie die ganze furchtsame und schlotternde Bourgeoisie hinter sich her schleppten“ . . .

„Diese wirtschaftlichen Mächte haben nicht einen Augenblick gezögert, das höhere Interesse des Landes aufs Spiel zu setzen . . . , sie haben den Willen der Wähler, der am 5. April 1925 so beredt zum Ausdruck kam, mit Füßen getreten“ (S. 81/82).

„Und was haben die „überraschten Sozialisten“ aus dieser „Tatsache“ gemacht? Sie haben keinen Augenblick gezögert, in die neue Koalitionsregierung einzutreten, die gerade von diesen „wirtschaftlichen Mächten“ beherrscht war, von den Bankiers und Schwerindustriellen, die nicht einen Augenblick gezögert hatten, das höhere Interesse des Landes aufs Spiel zu setzen. Sie gingen in die Regierung, „um den Franken zu retten“, den „Franken aller“, und sie haben bei diesem Rettungswerk redlich mitgearbeitet mittels einer Finanzkombination, deren sämtliche Unkosten von den breiten Schichten der Arbeiter, der Bauern und der Kleinbürger getragen werden müssen. Sie hatten erklärt, daß sie im Ministerium nur, solange es absolut notwendig sei, bleiben werden, um die Währungsstabilisierung zu verwirklichen — und jetzt verlangen sie von ihrer Partei die Ermächtigung, die Kollaboration mit den Bankiers fortzusetzen für eine Ergänzungsperiode, nämlich für die „Erholungszeit“ des Franken.

In diesem Augenblick, angesichts der steigenden Woge der Unzufriedenheit in der Arbeiterklasse, die von der Krise, der Teuerung und der Arbeitslosigkeit betroffen wird, beginnen gewisse Elemente in den Führerkreisen der belgischen Arbeiterpartei — und unsere zwei Autoren scheinen auch dazu zu gehören — unruhig zu werden. Die Entstehung eines linken Flügels in der Gewerkschaftsbewegung, das offensichtliche Anwachsen des Einflusses der kommunistischen Partei, die Gärung in der belgischen Arbeiterpartei selber — lauter beunruhigende Symptome! Was tun? Unsere Autoren schlagen vor, das Programm der belgischen Arbeiterpartei durch einige Forderungen zu ergänzen, „die man in den Vordergrund stellen würde“ und für welche „unter den Massen eine kräftige Aktion zwecks ihrer Verwirklichung“ durchzuführen sei. Das nennen sie eine „Revision des Programms“ oder „die Reform des Reformismus“.

Welches sind die Forderungen? Zählen wir sie auf: Dem Parlament sollen „beratende Ausschüsse, gewählt von den Vertretern der verschiedenen Zweige der sozialen Arbeit (?) (Industrie, Landwirtschaft, Handel, Unterricht, Transport) beigegeben werden; halbjährlicher Militärdienst, Kapitalabgabe, Gemeindeautonomie, technischer und beruflicher Unterricht, Entwicklung der Sozialversicherung, Verwaltungsreformen. Selber erschrocken über die Kühnheit, die ihnen dieses Programm diktiert hat, beeilen sich die „Reformatoren des Reformismus“ hinzuzufügen: „Wir sind gewiß nicht ungeduldig und stellen uns nicht vor, daß man das alles an einem Tage verwirklichen kann“. Aber sie sind überzeugt, daß „an dem Tage, wo wir die verschiedenen Probleme klar und entschieden vor dem Lande stellen werden, wir alle Kräfte der Reaktion bereit finden werden, uns den Weg zu verlegen. Das wird den Kampf bedeuten, den Kampf großen Stils“.

Und die Schlußfolgerung aus dem allen? „Die sozialistische Beteiligung an der Regierung wird immer schwieriger, um nicht zu sagen unmöglich unter den gegenwärtigen Umständen und bei den Bedingungen, unter denen sie sich vollzieht“ (S. 104/05). Das ist wirklich ein recht brüchiger Damm einerseits gegen die, die „um jeden Preis“ für die Beteiligung sind — „immer bereit mitzuarbeiten“ — und andererseits gegen die Empörung der mißbrauchten Massen.

Nehmen wir so nebenbei auch Kenntnis von der Einschätzung der II. Internationale durch unsere Autoren: „Sie erscheint als ein Organismus, der sich darauf beschränkt, olympisch erhabene und tugendhafte Tagesordnungen aufzustellen. Wie oft schon hat das Proletariat, wenn es im Kampfe stand, schlagkräftige Parolen von der Züricher Internationale erwartet?“ (S. 130.)

Unsere Reformatoren des Reformismus fühlen den Boden unter ihren Füßen schwinden, träumern von einer Annäherung an den Bolschewismus, dessen „Verbrechen“ sie natürlich niemals zu erwähnen vergessen, „bei dem sie aber eine Evolution und ein Klügerwerden erwarten“. Von dieser Annäherung erhoffen sie große Resultate. „Die Vereinigung mit den Russen erscheint uns als das einzige Mittel zur Ausfüllung einer der Lücken des westlichen Sozialismus, der überhaupt noch keinen Einfluß ausgeübt hat auf das Erwachen des Proletariats im Fernen Osten. Ueber und mittels Rußland wird die Verbindung zustande kommen . . .“ (S. 159). „Außerdem würde die Verbindung mit den Russen endgültig das Problem der Einstellung des Sozialismus auf die großen Bauernmassen lösen . . . Rußland, dessen Territorium den achten Teil der Erdoberfläche einnimmt, und dessen Bevölkerung zu 85 Prozent der Landwirtschaft angehört — das zwingt uns, ein Agrarprogramm zu suchen . . .“ (S. 160).

„Aber die wichtigste Folge dieser Annäherung an die Russen ist die Aufstellung von Übergangsformulierungen zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus“ (S. 161).

Das ist nicht wenig, wie man sieht: Der Ferne Osten, die Bauern, der Sozialismus. Die „Verbindung“ der belgischen Sozialdemokraten mit China bestand noch vor einigen Wochen nur im imperialistischen belgisch-chinesischen Vertrag, dessen Gültigkeit sie — trotz dessen „einseitiger“ Lösung durch China — vor dem Haager Schiedsgericht verteidigten. Da sie aber fürchten, der Abbruch dieser Beziehungen könnte durch die chinesische Revolution endgültig werden, so denken sie als weitblickende Männer an die Herstellung einer anderen Verbindung — nämlich über die Bolschewiken. Und ebenso versuchen die belgischen Sozialdemokraten den Bolschewismus als Zwischenglied zu benutzen, um eine Verbindung mit den Bauern ihres eigenen Landes in Flandern und Wallonien herzustellen. Und schließlich hoffen sie, daß gerade von den Bolschewiken sie die Kunst, den Sozialismus aufzubauen, lernen werden.

Indessen arbeiten sie in einer Regierung zusammen mit den schlimmsten Reaktionären, mit den Bankiers und den Industriellen, um den Kapitalismus in Belgien auf dem Rücken der Arbeiter- und Bauernmassen zu stabilisieren, um den Kongo und China zu unterdrücken und auszubeuten. Und inzwischen bilden sie den schwersten Klotz an den Füßen des belgischen Proletariats und strengen alle ihre Kräfte an, um in der Arbeiterschaft den Geist des Kampfes und der Rebellion zu ertönen.

Das Buch von Vienne und Wauters ist ein weiteres Symptom der schweren Krise, in die die Mustersektion der II. Internationale jetzt geraten ist. Unter dem Druck der Massen und angesichts der steigenden Unzufriedenheit in den Reihen ihrer eigenen Partei sind sie gezwungen, die Bilanz ihres Reformismus zu ziehen und stellen dabei traurige Passiven fest, finden aber nicht den Mut, den Bankrott anzumelden und ihre Bilanz vor dem Tribunal des Proletariats aufzulegen. Sie hoffen immer noch, ihre Geschäfte weiterführen zu können mit Quacksalbereien, wenn ihnen die Arbeiterklasse nur die Frist noch etwas verlängern wollte.

Sie ziehen Wechsel auf die Zukunft, um ihre Firma vor einem endgültigen Zusammenbruch zu retten, und sie versuchen, eine große Außenanleihe beim Weltkommunismus aufzunehmen, der es seinerseits verstanden hat, sich auf das wirkliche revolutionäre Asien, auf das gewaltige Heer der Bauern zu stützen und sich an die Spitze des wirklichen Kampfes um den Sozialismus zu stellen.

Sie vergessen nur eines, nämlich, daß um soweit zu kommen, der Kommunismus sich nicht damit vergnügt hat „den Reformismus zu reformieren“, sondern daß er ihn niederschlug, um die Revolution zu vollziehen, die Macht zu ergreifen und die Diktatur der Arbeiterklasse zu errichten. Wenn man aus seinen Erfahrungen etwas lernen will, so muß man eine Bedingung erfüllen: Den Willen haben, das gleiche zu tun. Das ist es aber gerade, was unseren „Reformatoren des Reformismus“ fehlt.

Zwei wichtige politische Neuerscheinungen:

Vom englischen
Bergarbeiterstreik

KATHARINE CANT:

DIE BERGARBEITER- FRAUEN ENGLANDS IM KAMPF

Mit einer Einführung von
Clara Zetkin

Die Haltung der Bergarbeiterfrauen Großbritanniens ist beispielgebend für die Proletarierinnen aller Länder, wo die Lohnsklaven wider ihre Herren sich erheben. Katharina Cant gibt eine Darstellung von der Haltung der Bergarbeiterfrauen. In schlichter, wahrheitsgetreuer Sachlichkeit, ohne starke, tönende Worte. Die Zahlen und Tatsachen, die sie aneinanderreihet, bedürfen solcher Worte nicht, sie reden lauter, überzeugender, nachhaltiger als alle Worte für jene, die hinter den Zahlen und Tatsachen die lebendigen Menschen suchen und ihr Geschick.

Aus dem Inhalt: Die Verhältnisse in den Kohlenrevieren / Die Bergarbeiterin / Arbeiterinnen in der Industrie / Die Aktionsausschüsse / Aufgaben der Frauen / Das Ende des Generalstreiks / Streikposten und Demonstrationen / Nach dem Streik.

48 Seiten

Preis 30 Pfennig

Zum Anti-Kolonial-
Kongreß in Brüssel

SEMAOEN:

INDONESIEN HAT DAS WORT

Der Niedergang des
holländischen Imperialismus

Die Machenschaften der englischen Imperialisten in China, die blutige Unterdrückung der Volkserhebung auf Java durch die holländischen Kolonialimperialisten erfordern die gespannteste Wachsamkeit des europäischen Proletariats.

In der vorliegenden Broschüre nimmt der aus Indonesien verbannte Javaner Semaoen, der Leiter des indonesischen Eisenbahnerstreiks von 1923, das Wort zu den Problemen des Fernen Ostens, insbesondere zu denen Niederländisch-Indiens. Nach einem geschichtlichen Rückblick und einer Kennzeichnung der wirtschaftlichen Bedeutung des Archipels schildert er in eindringlicher Weise Entstehung und Kampf der nationalrevolutionären und proletarischen Bewegung Indonesiens und entwirft die Perspektive eines gemeinsamen Kampfes der unterdrückten Völker Asiens und des Weltproletariats gegen den Imperialismus.

44 Seiten

Preis 40 Pfennig

VERLAG CARL HOYM NACHFOLGER
Hamburg

Berlin NW 6

Das neue Rußland

Zeitschrift für Kultur und Wirtschaft

Organ der „Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland in Deutschland“. Schriftleitung: Erich Baron, Berlin-Pankow, Kavalierstr. 10.

„Das Neue Rußland“, im III. Jahrgang erscheinend, ist die Zeitschrift, die durch sachkundige Beiträge hervorragender deutscher und russischer Mitarbeiter am besten über den wirtschaftlichen und kulturellen Neuaufbau Rußlands unterrichtet. Jedes Heft ist reich illustriert.

Deutsche Mitarbeiter:

Dr. Graf Arco, Klemperer, Emanuel Lasker, Oberreg.-Rat Dr. Roesle, Prof. Dr. Schaxel, Dr. Helene Stöcker, General Schönaich, Architekt Taut, Prof. Trautmann, Prof. Thienemann, Heinrich Vogeler u. a. m.

Russische Mitarbeiter:

Volkskommissare Lunatscharski, Semaschko, Tschitscherin, Mikojan, Schmidt, ferner O. D. Kamenewa, Kollontai, Krupskaja, die Professoren Goldstein, Goldenberg, Kogan, Ramsin, Schmit, Waldhauer, die Künstler Meyerhold, Eisenstein u. a. m.

Doppelhefte zu 1,— M., Abonnement halbjährlich 3,— M., sind erhältlich durch:

Gesellschaft der Freunde des neuen Rußland

Erich Baron, Berlin-Pankow, Kavalierstraße 10.
Postscheckkonto Nr. 743 58.